

Stenographisches Protokoll.

53. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

II. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 2. September 1924.

Inhalt.

Regierungsvorlagen: 1. Verzeichnis der in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ernährungsgesetzes erlassenen Verordnungen (1491);
2. Vorlage des Verzeichnisses der betreffs der Börsebesuchsabgabe begünstigten Personen — Finanz- und Budgetausschuß (1491);
3. Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung der Staatsbediensteten (B. 196) (1491).

Kuratorium des Kriegsbeschädigtenfonds: Zuschrift des Präsidenten wegen Vornahme einer Ersatzwahl — Hauptausschuß (1491) — Wahl Rudolf Jarboch als Mitglied an Stelle Dr. Hans Schürff (1524).

Verhandlung: Bericht des Sonderausschusses zur Vorberatung des Zolltarifs über die Regierungsvorlage (B. 113), betr. die Einführung eines neuen Zolltarifs (B. 195) — Generaldebatte — Berichterstatter Heintl (1491), Dr. Bauer (1492), Vizekanzler Dr. Frank (1504), Stöckler (1507), Dr. Hampel (1511), Dr. Schönbauer (1513), Reiner (1517), Elbersch (1521).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Niedrist, Haueis, betr. eine Notstandsangelegenheit (129/A);

2. Haueis, Zilmer, Niedrist, betr. den Notstand in den Gemeinden Schattwald und Böbeln, Bezirk Reutte (130/A).

Anfragen: 1. Dr. Hampel: Bundesregierung, betr. Ausweisung deutschösterreichischer Arbeiter und Angestellter aus dem jugoslawischen Staate (111/I);

2. Dr. Danneberg: Finanzminister, betr. Durchführung der 3. Abgabenteilungsnovelle (112/I);

3. Grafler: Finanzminister, betr. Aufhebung des Steueramtes in Oberzeiring und Verlegung des Steuerreferates von Bruck an der Mur (113/I).

Verteilt wurde:

Bericht des Sonderausschusses zur Beratung des Zolltarifs (B. 195).

Präsident **Wittlas** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm.

Das Bundeskanzleramt übermittelt die in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1924 auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1917 erlassenen Verordnungen.

Diese Verordnungen werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Das Bundesministerium für Finanzen legt gemäß § 3 des Bundesgesetzes vom 25. November 1921, betr. die Börsebesuchsabgabe, ein Verzeichnis jener Personen vor, denen seit Vorlage des letzten Verzeichnisses eine Begünstigung im Sinne des erwähnten Gesetzes zuerkannt wurde, beziehungsweise deren Gesuche abgewiesen wurden. Diese Zuschrift nebst

dem Verzeichnisse wird dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen.

Eingelangt sind: eine Zuschrift des Präsidenten des Kriegsbeschädigtenfonds, betr. die Vornahme der Ersatzwahl an Stelle des Mitgliedes des Kuratoriums dieses Fonds, Dr. Hans Schürff. Diese Zuschrift wird dem Hauptausschuß zugewiesen;

eine Regierungsvorlage, betr. die Abänderung des Gesetzes vom 13. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 311, über die Krankenversicherung der Staatsbediensteten (B. 196).

Es wird in die L. D. eingegangen, das ist der Bericht des Sonderausschusses zur Beratung des Zolltarifs über die Regierungsvorlage (B. 113), betr. das Bundesgesetz über die Einführung eines neuen Zolltarifs (B. 195).

Berichterstatter Heintl: Hohes Haus! Der Nationalrat hat in seiner Sitzung vom 25. Mai 1924 mit der Vorberatung des von der Regierung eingebrachten Zolltarifs einen 18gliederigen Ausschuß betraut. Dieser Ausschuß trat anfangs Juni zum erstenmal zusammen und hat seither in zahllosen Sitzungen die Materie durchberaten. Zur Klarstellung der Verhältnisse in den verschiedenen Branchen wollte er vor allem die Interessenten hören und hat zu diesem Zwecke eine Enquete abgehalten, in der die Interessenten der einzelnen Gruppen der eisenverarbeitenden Gewerbe und der mit ihnen zusammenhängenden Branchen, der textilverarbeitenden Gewerbe, der agrarischen Gruppen usw. nacheinander zu Worte kamen. Diese Enquete wurde in vier oder fünf Sitzungen durchgeführt und die in ihr gewonnenen Eindrücke bildeten dann die Basis für die weiteren Beratungen im Zollausschuß.

Vielleicht noch keine Gesetzesvorlage der Regierung ist einer so eingehenden Beratung unterzogen worden. Dies war darin begründet, daß ja gerade bei diesem Gegenstande die Interessengegensätze außerordentlich groß sind. Zum Schluß hat sich der Kampf mehr oder weniger auf ein Gebiet konzentriert, auf die Frage der sogenannten Agrarzölle. Es ist ganz natürlich, daß auch die Landwirtschaft eines Schutzes ihrer Interessen bedarf, aus diesem Grunde hat sich die Mehrheit des Ausschusses schließlich für die Einführung von Agrarzöllen ausgesprochen. Nun entstand die Frage, in welcher Form diese Zölle einzuführen wären, wobei die Preissteigerung auf den Lebensmittelmärkten in den letzten Wochen die

Beantwortung dieser Frage besonders schwierig machte. Da wurde nun von verschiedenen Seiten angeregt, zu dem System der sogenannten gleitenden Getreidezölle überzugehen. Die Zolltechniker erklärten zuerst, daß die Einführung von gleitenden Getreidezöllen gewisse technische Schwierigkeiten mit sich bringe. Nach eingehender Beratung und Anhörung von Experten kam man endlich zu dem Schlusse, die gleitenden Getreidezölle in der Form vorzuschlagen, daß zunächst für Weizen beim Ausgangspreis von 320.000 bis 380.000 K pro 100 Kilogramm ein Zoll von zwei Goldkronen zu zahlen wäre. Sinkt oder steigt der halbmonatliche Durchschnittspreis des Weizens, so steigt der Zoll oder sinkt der Zoll. Als Grundlage wird hierbei die Wiener Notierung genommen, und zwar jene, die sowohl den Inlandspreis als auch die Preise des ungarischen, jugoslawischen und rumänischen Weizens umfaßt. Es hat also der Durchschnitt der sogenannten Wiener kontinentalen Notierung als Basis für die Berechnung des Zolles zu dienen. Auf die einzelnen Abänderungsanträge, die im Laufe der Ausschußberatung gestellt und angenommen worden sind, werde ich in der Spezialdebatte zurückkommen.

Was nun den Gesetzestext anbelangt, so wurden zwei neue Paragraphen eingeschaltet, und zwar zwischen den §§ 2 und 3 der Regierungsvorlage, von denen der eine bereits die im Berichte dargestellten Bestimmungen über die gleitenden Getreidezölle beinhaltet, wobei zu bemerken ist, daß die Durchführung dieser Getreidezölle der Verordnung der Regierung vorbehalten ist, während der zweite Paragraph Bestimmungen vorsieht, die der Regierung die Möglichkeit bieten sollen, den Zoll gegenüber jenen Staaten in entsprechender Weise zu erhöhen, die das Washingtoner Übereinkommen vom Jahre 1919 über die Festsetzung der Arbeitszeit nicht ratifiziert haben und deren geltende Arbeitsregelung wesentlich hinter den Bestimmungen dieses Übereinkommens zurückbleibt; weiters eine Schutzbestimmung gegenüber jenen Staaten, in denen durch Ausfuhrprämien oder ein Dumpingsystem eine besondere Förderung der eigenen Industrie gegenüber unserer Industrie geübt wird.

Ich möchte am Schlusse meiner Ausführungen feststellen, daß es nur durch die Zusammenarbeit aller Interessentenkreise und durch die rege Mitarbeit der Beamtenschaft, die uns tagtäglich zur Verfügung gestanden ist und uns in verschiedenen Belangen über die schwierigsten Dinge hinweggeholfen hat, uns ermöglicht wurde, ein Kompromiß zu finden, bei dem es weder Sieger noch Besiegte gibt. Ich bitte nun das hohe Haus, diese wichtige Vorlage der Beratung zu unterziehen und in die Spezialdebatte einzugehen.

Dr. Bauer: Hohes Haus! Ich will keineswegs bestreiten, daß der Zollsatz, wie der Zollausschuß

ihn jetzt dem Hause vorgelegt hat, immerhin anders aussieht, als er seinerzeit von der Regierung eingebracht worden war. Die monatelangen Verhandlungen im Zollausschuß sind gewiß nicht ganz ergebnislos geblieben und es muß zugegeben werden, daß einige Exzesse der Schutzöllerei, die in der Regierungsvorlage enthalten waren, im Zollausschuß immerhin gemildert worden sind. Aber so wenig ich das bestreiten will — es zu bestreiten, hieße das Ergebnis unserer eigenen Arbeit bestreiten wollen — so muß ich doch erklären, daß für uns dieser Zollsatz trotz der Milderungen, die er im Zollausschuß erfahren hat, auch heute noch ganz ebenso unannehmbar ist, wie er es in der ursprünglichen Fassung der Regierung gewesen ist. Ich werde mir erlauben, dieses Urteil über den Zollsatz, wie die bürgerliche Mehrheit des Zollausschusses ihn beschlossen hat, zu begründen.

Es ist Ihnen bekannt, daß wir Sozialdemokraten grundsätzlich auf dem Standpunkte stehen, daß für das österreichische Wirtschaftsgebiet jedes Schutzollsystem von Schaden ist und daß unsere Volkswirtschaft nur bei einem möglichst vollkommenen System des freien Warenaustausches mit den anderen Staaten gedeihen könnte. Wir sind dieser Meinung nicht etwa aus irgendeiner doktrinen Überzeugung, daß der Freihandel für alle Länder und alle Zeiten das zweckmäßigste wäre, sondern wir sind dieser Meinung auf Grund der Prüfung der konkreten Bedingungen unserer österreichischen Volkswirtschaft. Wir sind ein Land, das vor allem einen unvergleichlich größeren Teil seines Lebensmittelbedarfes durch die Zufuhr aus dem Auslande zu decken gezwungen ist, als die meisten anderen Länder Europas. Gewiß hat die Entwicklung unserer Landwirtschaft in den letzten Jahren gezeigt, daß wir hoffen dürfen, bezüglich einiger wichtiger Lebensmittel einen größeren Teil des Bedarfes durch die inländische Produktion decken zu können, als wir dies vielleicht oder viele von uns, vor einigen Jahren noch für möglich gehalten haben. Ich will nach den Erfahrungen der letzten Jahre durchaus nicht bestreiten, daß wir hoffen dürfen, daß wir vielleicht in einigen Jahren unseren Roggenbedarf aus der eigenen Ernte werden decken können und von der Zufuhr aus dem Auslande wenigstens in Jahren guter Ernte unabhängig werden können. Ich will nicht bestreiten, daß die Entwicklung unserer Zuckerindustrie, die wir schon im Interesse der Verbreitung des Hackfruchtbaues in unserer Landwirtschaft sehr begrüßen, uns die Hoffnung gibt, daß wir einen beträchtlich größeren Teil unseres Zuckerbedarfes durch die eigene Produktion zu decken imstande sein werden, als wir dies vor einigen Jahren noch für möglich gehalten haben.

Aber meine Herren, all das darf doch nicht von der entscheidenden Erkenntnis ablenken, daß wir

bezüglich der allerwichtigsten Lebensmittel den weitaus größten Teil unseres Bedarfes auch in Zukunft werden aus dem Auslande decken müssen. Wir werden nie imstande sein, unseren Weizenbedarf aus der heimischen Ernte zu decken, wir werden bezüglich unserer Versorgung mit Schlachtvieh immer auf das Ausland angewiesen bleiben, wir werden den größten Teil unseres Bedarfes an Fett immer aus ausländischen Zufuhren decken müssen. Und dieser Grundtatsache gegenüber, die dem ganzen Problem der Lebensmittelzölle in Österreich eine unvergleichlich größere Bedeutung gibt, als es in anderen Ländern hat oder als es in der alten österreichisch-ungarischen Monarchie gehabt hat, dieser Tatsache gegenüber steht die andere nicht minder wichtige Tatsache, daß unsere Produktion in einem viel größeren Maße auf den Export eingestellt bleiben muß, kraft der historischen und geographischen Bedingungen, unter denen wir produzieren, als die Produktion der meisten anderen Länder Europas.

Das gilt selbst von unserer Landwirtschaft. Es ist ganz gewiß, daß die Zukunft unserer alpenländischen Landwirtschaft nicht darin liegen kann, daß sie etwa den Versuch macht, unseren Weizenbedarf oder unseren Bedarf an Fett oder an Schlachtvieh zu decken, sondern daß die Zukunft unserer inländischen Landwirtschaft in einer Entwicklung liegt, die sie zu einem großen exportierenden Produktionszweig machen muß, zu einem Produktionszweig, der Nutz- und Zuchtvieh von hoher Qualität und Wollereiprodukte im Ausland wird absetzen müssen. In noch viel höherem Maße gilt das von unserer Industrie. Wenn es in der Landwirtschaft die Geographie ist, die sie auf den Export einstellt, so ist es in der Industrie die Geschichte. Wir haben vom alten Wirtschaftsgebiete eine Industrie geerbt, die viel zu groß ist, als daß sie Beschäftigung finden könnte in der Deckung des heimischen Bedarfes, wie Industrie, die exportieren muß. Wenn man in der Vorkriegszeit in sehr interessanten Untersuchungen nachgewiesen hat, daß in den meisten Ländern Europas der Export nur einen sehr kleinen Bruchteil der gesamten Produktion ausgemacht hat, so gilt das für unser Wirtschaftsgebiet nicht und wird für unser Wirtschaftsgebiet nie gelten können. Unsere Industrie wird immer auf den Export eingestellt bleiben müssen.

Das aber ist für die Beurteilung des Zieles, das in unserer Handels- und Zollpolitik anzustreben ist, das Entscheidende. Für ein Land, das einen so ungeheuer großen Teil seines Lebensmittelbedarfes auch in der Zukunft aus dem Auslande zu decken und das einen so ungeheuer großen Teil seiner Produktion im Auslande abzusetzen gezwungen ist, ist ein Schutzollsystem sicherlich nur vom Schaden, für ein solches Land kann nur der Freihandel das

anstrebenswerte Ziel sein und man muß kein doktrinärer Freihändler sein, um zu erkennen, daß für unser Wirtschaftsgebiet hier jedes System des Schutzolles ein Übel ist. Das soll durchaus nicht besagen, daß wir Sozialdemokraten uns der Tatsache verschließen, daß wir dieses Ziel, das Ziel des freien Warenaustausches mit den anderen Ländern, nicht auf jenem kurzen oder geraden Weg erreichen können, auf dem wir es am liebsten erreichen möchten.

Wir sehen durchaus die Tatsachen, wir sehen, daß wir mitten in einer hochprotektionistischen Welle in ganz Europa sind, wir sehen, daß die führenden Staaten Europas oder wenigstens des Festlandes eine Hochschutzollpolitik betreiben und daß insbesondere die neuen Staaten, die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, eine hochschutzöllnerische Politik gerade gegen uns betreiben. Wir sind uns darüber klar, daß, wenn England imstande gewesen ist und auch heute noch imstande ist, einseitig am Freihandel festzuhalten, ohne Rücksicht auf die Schutzollpolitik anderer Länder, das eben bei einem so großen, mächtigen und den anderen gegenüber überlegenen Wirtschaftsgebiete möglich ist, daß unser Wirtschaftsgebiet dazu zu klein und zu schwach ist. Wir verkennen durchaus nicht die Tatsache, daß wir, um die anderen Staaten dazu zu bewegen, durch Handelsverträge ihre Schutzölle und Einfuhrverbote, die sie gegen unsere Industrieprodukte ausgerichtet haben, abzubauen, selbst Schutzölle haben müssen, Schutzölle nicht zu dem Zweck, damit sie bleiben, sondern Schutzölle zu dem Zweck, damit sie bei Verhandlungen als Kaufpreis dienen, damit sie abgetragen werden, wenn auch das Ausland sein Schutzollsystem gegenüber uns einigermaßen mildert. Wir sehen durchaus die Notwendigkeit von Kompensationszöllen, von Verhandlungszöllen, von Zöllen für Zwecke der Handelsvertragsverhandlungen ein und haben deswegen nicht verlangt, daß man im Augenblick zu einem System vollständiger Zollfreiheit übergeht. Aber gerade weil wir den Schutzoll für ein Übel ansehen, das nur zu rechtfertigen ist als ein notwendiges Kompensationsobjekt für die Vertragsverhandlungen mit dem Auslande, das nicht bleiben soll als ein dauerndes Schutzmittel für unsere Volkswirtschaft, was es nach unserer Überzeugung nicht ist, sondern dessen wir uns nur als Waffe bedienen wollen, um gegen seine Beseitigung dann eine Milderung auch des ausländischen Schutzolles zu erreichen — gerade aus dieser Auffassung geht unsere Stellung zu Ihrem Votum hervor; denn daraus geht hervor, daß wir das allgemeine Niveau der Zölle dieses Tarifs für viel zu hoch halten, weil wir den Zweck solcher Zölle ganz anders beurteilen als Sie.

Ich möchte das, was ich meine, an einem Beispiel anschaulich machen, weil es so vielleicht leichter

verständlich und vor Mißverständnissen leichter bewahrt ist.

Nehmen Sie zum Beispiel den Zoll auf Zement, der in der Öffentlichkeit eine so große und nach meiner Überzeugung berechtigzte Erregung hervorgerufen hat. Wir sind überzeugt, daß für das österreichische Wirtschaftsgebiet die vollständige Zollfreiheit für Zement anzustreben ist und allein unseren Interessen dient. Aber wir verkennen durchaus nicht die Tatsache, daß wir Kompensationsobjekte für die Handelsvertragsverhandlungen mit den anderen Ländern brauchen, daß diesem Zweck unter Umständen auch ein Zoll auf Zement dienen kann und daß man daher in einem autonomen Tarif immerhin auch einen Zoll auf Zement einstellen kann. Die Frage ist nur: in welcher Höhe soll dieser Zoll auf Zement eingestellt werden? Für uns, für die der Freihandel Zweck ist und der Schutz Zoll nur ein Vertragsinstrument, um einer allgemeinen freihändlerischen Ordnung näherzukommen, für uns würde ein möglichst niedriger Zoll für Zement recht sein, ein Zoll, der gerade so hoch ist, daß man ihn als Kompensationsobjekt bei Handelsvertragsverhandlungen brauchen kann, wobei die Aufgabe dieser Verhandlungen von unserem Standpunkte aus gesehen natürlich die wäre, daß, wenn man dafür entsprechende Zugeständnisse vom Auslande bekommt, der Zoll dann durch Vertragsverhandlungen wieder zu beseitigen und die Zollfreiheit herzustellen wäre.

Ganz anders, meine Herren, fassen Sie, faßt die Mehrheit dieses Hauses die Sache auf: Sie wollen den Zoll als ein dauerndes Schutzmittel, Sie wollen sich ihn erhalten. Da aber auch Sie sehen, daß Sie bei Handelsvertragsverhandlungen, um Zugeständnisse von den anderen Staaten zu erreichen, den Zoll ermäßigen müssen, so setzen Sie ihn zunächst in einer Höhe fest, die unseren eigenen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen gar nicht entspricht und denken sich nun, von dieser Höhe werden Sie dann auf einen Teil bei den Handelsvertragsverhandlungen allerdings verzichten müssen, aber Sie wünschen, daß, wenn dann bei den Handelsvertragsverhandlungen ein Teil hergegeben wird, dann noch immer ein nach ihrer Meinung notwendiger Zoll übrigbleibt. Weil Sie auch nach den Handelsvertragsverhandlungen den Zoll weiter haben wollen, wenn auch in einer ermäßigten Höhe, deswegen müssen Sie natürlich, damit Sie etwas haben, was Sie sich bei den Verhandlungen abhandeln lassen können, den Zoll viel höher festsetzen als wir, denn wir würden ihn nur so hoch festsetzen, daß wir bei den Handelsvertragsverhandlungen die Zollfreiheit erreichen. Daraus geht nun eine Verschiedenheit hervor, die sich nicht etwa auf den Zement Zoll, nicht auf den oder jenen Zoll, sondern auf das ganze System, auf das ganze allgemeine Niveau

der Zollsätze im ganzen Zolltarif bezieht. Ich behaupte gar nicht, daß wir der Meinung wären, man könnte heute mit einem Schlag ein System der Zollfreiheit herstellen. Wir geben ohne weiteres zu, daß wir in der Lage, in der wir sind, bei der hochschutzzöllnerischen Politik den anderen Staaten gegenüber Zölle zunächst einmal als Vertragsinstrumente brauchen, um eine Ermäßigung der gegen uns gerichteten ausländischen Schutzzölle durch Verträge erreichen zu können, und in diesem Sinne geben wir ohne weiteres zu, so entschieden wir von der Notwendigkeit eines zollfreien Warenaustausches mit den anderen Staaten überzeugt sind, daß man im Augenblick den Zolltarif für Vertragsverhandlungen gewisser Zölle braucht. Aber weil wir die Zölle eben nur dazu brauchen, weil wir keine andere Funktion des Zolles anerkennen als diese, weil wir Zölle nur zu diesem Zwecke haben wollen, deswegen sind wir der Meinung, daß die Zölle unvergleichlich niedriger sein könnten, weil dann noch immer auch wesentlich niedrigere Zölle brauchbare Kompensationsobjekte wären, wenn man eben bereit ist, bei den Verhandlungen diese Zölle gegen Zugeständnisse auch ganz fallen zu lassen, die um diesen Preis erreicht werden.

Sie, meine Herren, die Sie den Schutz Zoll als ein dauerndes Mittel der Politik ansehen, wollen den Zoll so hoch festsetzen, daß ein möglichst hoher Zoll auch dann noch bleibt, nachdem Sie einen Teil der Zölle verhandelt haben, und deswegen kommen Sie zu dem allgemeinen Zollniveau, das nach unserer Ansicht viel zu hoch ist. (*Streeruwitz: Das niedrigste in Europa!*) Das niedrigste in Europa? Das ist nicht richtig, es gibt in Europa auch Länder, die eine freihändlerische Zollpolitik haben, aber ich gebe ohne weiteres zu, daß das Niveau dieses Zolltarifs niedriger ist als das absurde und groteske Zollniveau, wie es zum Beispiel die Tschecho-Slowakei hat, oder als jenes System, wie es Frankreich nach dem Krieg erfunden hat. Aber das ist kein Vergleich, denn man kann in Wirklichkeit die ökonomische Struktur unseres Landes nicht mit derjenigen der Tschecho-Slowakei oder Frankreich vergleichen, Ländern, die bei weitem nicht in dem Sinne wie wir auf die Einfuhr ausländischer Lebensmittel angewiesen sind und die schließlich — Frankreich gewiß, aber selbst auch die Tschecho-Slowakei — doch auch einen beträchtlich kleineren Teil ihrer Produktion im Ausland abzusetzen haben als wir. Das ist also kein Argument, daß das, was die anderen Länder für sich, ob mit Recht oder Unrecht, im Augenblick für nützlich wännen, auch für uns nützlich sei. Ob es den anderen Ländern nützt, das wird sich erst zeigen — ich glaube, es mehrte sich schon in der Tschecho-Slowakei die Zahl der Stimmen, die anerkennen, daß dieser übermäßige Schutz Zoll, den sie haben, dem Lande

selbst die schwersten Wunden schlägt. Sicher ist, daß das der eigentliche Gegensatz zwischen uns ist. Der Kampf, den wir mit Ihnen, meine Herren, geführt haben, wir konnten ihn nicht als einen Kampf um die Beseitigung aller Zölle führen; wir waren uns vollkommen dessen bewußt, daß man zunächst einmal gewisse Kompensationsobjekte für Vertragsverhandlungen braucht. Aber es war auch nicht etwa nur ein Kampf um einzelne Zölle, um Zölle auf einzelne Waren, die eine besonders große Rolle in den Verhandlungen gespielt haben, es war ein Kampf um das allgemeine Niveau, um die allgemeine Durchschnittshöhe der Zölle.

Wenn ich also zu diesem Zolltarif in der veränderten Gestalt, die ihm der Ausschuß gegeben hat, heute Stellung nehme, so muß ich sagen, daß wir diesen Zolltarif vor allem deswegen ablehnen und vor allem deswegen jede Mitverantwortung für ihn ablehnen, weil nach unserer Überzeugung das allgemeine Niveau dieses Zolltarifs viel zu hoch ist, weil Sie von einer Auffassung ausgehen, die die Zölle keineswegs bloß als ein Kompensationsobjekt zur Herstellung von Handelsbeziehungen auffaßt, die uns dem allgemeinen Freihandel näherbringen, sondern davon ausgehen, daß die Zölle ein dauerndes Schutzmittel auch nach den Vertragsverhandlungen bleiben sollen, und weil das es ist, was nach unserer Überzeugung den konkreten Lebensbedürfnissen der österreichischen Volkswirtschaft widerstreitet.

Damit will ich keineswegs bestreiten, daß es natürlich gewisse Zölle auf gewisse, besonders wichtige Waren sind, die in den Verhandlungen die entscheidende Rolle gespielt haben und die auch heute noch unsere Stellungnahme entscheidend bestimmen. Ich will einige von diesen Waren, die ich für von besonderer Bedeutung für das ganze wirtschaftliche Leben halte, beispielsweise herausgreifen.

Es ist bekannt, daß wie seit 100 Jahren bei allen Zollverhandlungen in allen Ländern, auch bei diesen natürlich, die Frage der Getreidezölle die größte und entscheidende Rolle gespielt hat. Die Verhandlungen über diese Fragen haben, wie auch der Herr Berichterstatter hier schon berichtet hat, damit geendet, daß man sich entschlossen hat, eine gleitende Zollsкала in das Zollsystem einzufügen. Ich möchte demgegenüber, da gerade hier besonders leicht Mißverständnisse möglich sind, folgendes mit allem Nachdruck sagen: Von der Auffassung ausgehend, die ich früher angegeben habe, daß für unser Wirtschaftsgebiet jeder Zoll, aber insbesondere alle Lebensmittel- und Rohstoffzölle von höchster Gefahr sind, sind wir Sozialdemokraten ganz entschiedene Gegner jedes Getreidezolles — und ich möchte das sehr unterstreichen; nicht nur jedes starren, sondern auch jedes gleitenden Getreidezolles. Wir sind der Meinung, daß gerade für ein Wirtschaftsgebiet wie das unsere, das bezüglich des Weizens

zu zwei Drittel auf die Deckung des Bedarfes auf das Ausland angewiesen ist und auch die Einfuhr von Hafer und Gerste aus dem Ausland in keinem Falle entbehren kann und vorläufig wenigstens auch noch nicht die Einfuhr des Roggens, jeder Getreidezoll eine außerordentlich große Gefahr ist. Gerade die Erregung, die die Steigerung der Getreidepreise auf dem Weltmarkt in den letzten Wochen hervorgerufen hat, und die erbitterten Leidenschaften, die die infolge der Getreideveruerung eingetretene Veruerung des Mehles und des Brotes hervorgerufen hat, gerade das ist eine Warnung vor jedem Getreidezoll. Das will aber nicht besagen, daß wir für die Notwendigkeit der Erhaltung des heimischen Getreidebaues kein Verständnis hätten. Ich habe schon bei Beginn der Verhandlungen ein Mittel vorgeschlagen, wie nach unserer Überzeugung die Existenz und die Entwicklung des heimischen Getreidebaues gesichert werden kann, ohne den Konsumenten unnötige Lasten aufzubürden. Wir haben die Einführung des Getreideeinfuhrmonopols vorgeschlagen. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie Sie über diesen Vorschlag zuerst gelächelt haben, wie Sie ihn aber dann etwas ernster behandelt haben, als er von sehr angesehenen, praktisch erfahrenen und wirtschaftlich gebildeten Landwirten sowohl im Inlande als auch im Ausland unterstützt wurde. Der Vorteil, den ein Getreideeinfuhrmonopol vor jedem Getreidezoll, auch vor dem gleitenden, hat, ist vor allem, daß das ganze Opfer, das dem Konsumenten zugemutet wird, auch zur Gänze dem heimischen Getreidebau zufällt, während unter unseren Verhältnissen, da wir doch einen großen Teil unseres Bedarfes durch die Einfuhr aus dem Ausland decken müssen, jeder Zoll, auch der gleitende, die Folge hat, daß von dem Opfer, das dem Konsumenten auferlegt wird, bei Weizen nur ein Drittel dem Getreidebau zugute kommt, zwei Drittel aber einfach zu einer fiskalischen Einnahme, zu einer indirekten Steuer werden.

Meine Herren! Sie haben das Getreideeinfuhrmonopol abgelehnt. Dagegen sind wir machtlos. Wir sind überzeugt, daß wenn die Entwicklung der Getreidepreise einen anderen Gang nehmen sollte, als die Herren Agrarier es wünschen, Sie es einmal noch bedauern werden, daß Sie das abgelehnt haben. Sie haben es getan und haben uns in eine Situation gebracht, in der wir nach endlosen Verhandlungen, in denen wir uns vergebens bemüht haben, den starren Getreidezoll der Regierungsvorlage herunterzudrücken, schließlich geschehen haben, daß wir keine andere Wahl mehr haben, als die zwischen einem starren Getreidezoll von zwei Goldkronen und einer gleitenden Zollsкала. In dieser Lage haben wir uns entschlossen, selbst den Vorschlag einer gleitenden Zollsкала in die Diskussion zu werfen.

Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß für uns der gleitende Getreidezoll nur das kleinere Übel gegenüber dem starren Getreidezoll ist, sonst gar nichts. Es hat sich uns darum gehandelt, wenigstens das Katastrophale zu verhüten, daß selbst bei den heutigen so furchtbar hohen Getreidepreisen zu dem hohen Preise noch ein starrer Zoll von zwei Goldfronen dazukommt. Wenigstens das wollten wir abwehren, und das haben wir durch die gleitende Zollsкала allerdings erreicht. Das ist aber nur das kleinere Übel und ich möchte hier ausdrücklich sagen, nur als ein solches kleineres Übel gegenüber dem starren Getreidezoll und nicht in irgendeinem anderen Sinne ist für uns die gleitende Zollsкала akzeptierbar. Unsere Lösung ist das nicht. Sie ist es um so weniger, als Sie auch in den Einzelheiten der Ausgestaltung der gleitenden Zollsкала Beschlüsse gefaßt haben, die von unserer Auffassung weit abweichen. Vor allem haben Sie für den Ausgangspreis den Zoll nach unserer Überzeugung zu hoch festgesetzt oder — was dasselbe ist — Sie haben den Ausgangspreis zu hoch angesetzt. Wir hatten einen wesentlich niedrigen Ausgangspreis gewünscht. Dann aber haben Sie auch bezüglich der technischen Gestaltung der gleitenden Zollsкала Beschlüsse gefaßt, für die wir unsererseits jede Verantwortung ablehnen.

In dem Vorschlage, den wir ursprünglich gemacht haben, haben wir ausdrücklich, und zwar auf Grund der Erfahrungen, die in England mit der gleitenden Zollsкала gemacht worden sind, vorgeschlagen, daß der Zoll nicht von dem heimischen Getreidepreise, sondern von Getreidepreisen auf ausländischen Märkten, die dem Einflusse des österreichischen Handels und der österreichischen Spekulation entzogen sind, abhängig gemacht werden soll; denn es hat sich in den englischen Erfahrungen gezeigt, daß die eigentliche Gefahr einer gleitenden Zollsкала darin besteht, daß der Preis auf dem inländischen Markt, und daher auch der Zoll, durch die Spekulation bewußt beeinflusst wird. Trotz der warnenden Erfahrungen, die man in einer recht interessanten Literatur, die es über dieses Problem gibt, nachlesen kann, und gegen unseren Rat hat sich die Mehrheit entschlossen, die Preise der Wiener Getreidebörse der Bemessung des Zolles zugrunde zu legen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit etwas richtigstellen, was in dem Berichte des Herrn Berichterstatters enthalten ist. Der Herr Berichterstatter sagt in seinem Berichte, es sei die Vereinbarung getroffen worden, daß die Ermittlung des halbmönatlichen Durchschnittspreises für Weizen auf Grund der amtlichen Notierungen der Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien für Weizen österreichischer, jugoslawischer und ungarischer Herkunft zu erfolgen habe. Diese Formulierung gibt, wie mir

scheint, die Vereinbarungen, die getroffen wurden, nicht genau wieder; ich wäre sehr dankbar, wenn der Herr Berichterstatter seinerseits das ebenfalls feststellen würde. Wir haben nicht vereinbart: österreichischer, jugoslawischer und ungarischer Weizen, sondern wir haben vereinbart: kontinentaler Weizen, die kontinentalen Weizennotierungen der Wiener Produktenbörse. Praktisch ist das im Augenblick dasselbe, es wird meines Wissens nur österreichischer, jugoslawischer und ungarischer Weizen notiert; aber es ist nicht für immer dasselbe, weil es auch Zeiten gibt, in denen beispielsweise rumänischer Weizen, der für unsere Versorgung nicht unwichtig ist, dort auch notiert wird. Deshalb möchte ich, damit ein Mißverständnis vermieden wird, den Herrn Berichterstatter bitten, ausdrücklich festzustellen, daß die Vereinbarungen sich auf den Durchschnitt aller Notierungen für kontinentalen Weizen beziehen. Das nur beiläufig.

Aber das Entscheidende, was ich sagen wollte, ist folgendes: Sie haben sich entschlossen, auf Grund der Ratschläge der Interessenten oder, wie man sonst sagt, der Sachverständigen, nur die Wiener Notierungen zugrunde zu legen und die ausländischen Börsen nicht zu berücksichtigen. Ich stelle fest, daß dies gegen unseren Rat geschehen ist. Wir waren der Meinung, daß darin Gefahren liegen und daß es sehr nützlich wäre, Notierungen von Börsen heranzuziehen, die nicht von der österreichischen Spekulation beeinflusst werden können. Sie haben sich dazu nicht entschließen können — die Verantwortung dafür überlassen wir Ihnen. Erfahrung hat niemand von uns in diesen Dingen und erst die Erfahrung wird zeigen, ob dieser Ihr Beschluß vernünftig war. Ich möchte unsererseits in dieser sehr wichtigen technischen Frage die Verantwortung ablehnen. Ich gebe zu, daß der Vorgang, der gewählt wurde, daß nämlich diese Einzelheiten durch eine Verordnung mit Zustimmung des Hauptausschusses zu verfügen sind, es ermöglicht, diesen Beschluß in kurzem und schnellem Wege zu berichtigen, falls die Erfahrungen zeigen sollten, daß er unzweckmäßig war.

Also schon bei den Getreidezöllen war das, was beschlossen wurde, für uns nur als ein kleineres Übel gegenüber der Regierungsvorlage akzeptabel, sonst aber in keinem anderen Sinn. Viel schlimmer als bei den Getreidezöllen steht es jedoch bei den Zöllen auf viele andere wichtige Lebensmittel und Rohstoffe, wo Sie sich unseren Forderungen gegenüber viel ablehnender verhielten und sie zum Teil ganz ablehnten. Schon beim Zoll auf Mehl haben Sie einen Beschluß gefaßt, den wir in keinem Falle mitverantworten können. Wohl ist der Zoll, wie er jetzt hier vorgeschlagen wird, niedriger als er in der Regierungsvorlage war. Sie haben die Spannung zwischen Mehlszoll und Weizenszoll, die nach der Regierungsvorlage 4 Goldfronen betragen sollte,

immerhin auf 3 Goldkronen herabgesetzt, und wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß dies ein Zoll nicht über einem starren, sondern über einem gleitenden Getreidezoll ist, so bedeutet das immerhin etwas. Bei den heutigen Getreidepreisen würde da der Mehlszoll nicht 6 Goldkronen betragen, wie nach der Regierungsvorlage, sondern etwa 3¼ Goldkronen. Das ist gewiß ein Unterschied. Aber nach unserer Überzeugung liegt trotzdem eine sehr große Gefahr darin, daß Sie auch jetzt noch die Spannung zwischen dem Mehls- und dem Getreidezoll höher gestellt haben, als es unerlässlich ist.

In allen Diskussionen über Agrarzölle nicht nur hier in Österreich, sondern auch im Ausland, war es und ist es ein ständiges Argument der Agrarier, daß das Übel gar nicht in den zu hohen Getreidepreisen liege, sondern darin, daß der Zwischenhandel und daß die verarbeitenden Gewerbe und Industrien viel zu hohe Aufschläge machen, daß sich zwischen den ländlichen Produzenten und den letzten Konsumenten in der Stadt viel zu viele Hände einschieben und viel zu viel an diesen Händen hängen bleibt. Ich will gar nicht leugnen, daß dieses Argument sehr oft mit sehr großen Übertreibungen und zuweilen mit demagogischen Übertreibungen gebraucht wurde, was ja gerade dem Zwecke diene, nachzuweisen, daß die Getreidezölle für den Konsumenten nicht so gefährlich seien. Aber ein Stück Wahrheit liegt in diesem Argument sicherlich. Vergegenwärtigen Sie sich nun, meine Herren, was vom Standpunkt dieses von den Agrariern ständig gebrauchten Argumentes der Mehlszoll bedeutet! Wir haben um die Agrarzölle monatelang miteinander gekämpft und verhandelt. Sie haben schließlich der Herabsetzung der Getreidezölle wenigstens für die Dauer der hohen Getreidepreise zugestimmt. Aber welchen Nutzen werden die Konsumenten von dieser Herabsetzung haben, wenn ein allzu hoch bemessener Mehlszoll es den Mühlen möglich macht, das, was man dem Konsumenten zuwenden wollte, sich anzueignen? Das vor allem ist die große Gefahr des Mehlszolles. Die Gefahr eines zu hohen Mehlszolles liegt darin, daß dann nicht mehr der Getreidezoll — wenigstens bei Weizen —, sondern der Mehlszoll die Belastung des Konsumenten bestimmt, und das ist etwas, was eigentlich nicht nur die Konsumenten, sondern auch die landwirtschaftlichen Produzenten von ihrem Standpunkt aus zu fürchten hätten. Deswegen bedauere ich es sehr, daß wir bei dem Kampf um eine weitere Herabsetzung der Spannung zwischen Mehls- und Getreidezoll gerade auf den Widerstand der Herren Agrarier gestoßen sind, obwohl es sich nach meiner Überzeugung hier gar nicht um ein agrarisches Interesse, sondern nur um das Sonderinteresse einer einzelnen Industrie handelt.

Noch hartnäckigeren Widerstand haben die Herren uns in den Verhandlungen über die Zölle auf

Schlachtvieh geleistet. Ich habe schon in der Rede, die ich hier bei der ersten Lesung des Zolltarifs gehalten habe, auseinanderzusetzen versucht, daß nach meiner Überzeugung der Gewinn, den die heimische Landwirtschaft aus dem Zoll auf Schlachtvieh ziehen kann, verschwindend gering ist gegenüber der schweren Belastung der Konsumenten, die dieser Zoll bedeutet. Wie gefährlich der Zoll vom Standpunkt der Konsumenten ist, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. Gerade jetzt steigen ja die Fleischpreise in einem höchst beunruhigenden Maße, das Fleisch ist für weite Kreise der Bevölkerung, ist für die Masse der Arbeiter ohnehin schon ein unerschwinglicher Luxusartikel geworden und es liegt natürlich die allergrößte Gefahr darin, wenn man zu der allgemeinen und internationalen Verteuerung des Schlachtviehs nun auch noch eine nationale Verteuerung durch Zölle hinzufügt. Daß dieser Zoll sich voll auswirken wird, unterliegt keinem Zweifel, da wir ja bezüglich des Bedarfes in einem so hohen Maße vom Ausland abhängig sind. Der Gewinn aber, den die heimische Landwirtschaft davon haben wird, wird sehr klein sein im Vergleich zu dem Gewinn, den der Herr Finanzminister aus diesem Zoll ziehen wird. Ich habe mich in meiner Rede bei der ersten Lesung folgenden Argumentes bedient — erlauben Sie, daß ich daran erinnere —: Eine eigentliche Schlachtviehproduktion, eine Mast, haben wir in Österreich so gut wie gar nicht; der Bauer verkauft Schlachtvieh, wenn er einen Zugochsen oder wenn er eine Milchkuh ausmustert; das sind gelegentliche Verkäufe. Gewiß wird er, wenn die Preise höher sind, etwas mehr bekommen, aber diese Mehreinnahmen bei seinen gelegentlichen Verkäufen spielen in seinem Haushalte nur eine sehr geringe Rolle. Ganz anders natürlich ist es bei Zucht- und Nutztvieh, das in den Alpenländern das eigentliche Produkt des Bauern sind; doch das ist nicht Gegenstand des Streites, sondern es handelt sich hier um den Zoll auf Schlachtvieh. Ich habe also gesagt, daß diese Mehreinnahme keine Bedeutung hätte. Da ist mir nun von den Herren Agrariern immer folgendes Argument entgegengehalten worden: Ja, wenn die Abmelkwirtschaften das Vieh, das sie ausmustern, dank dem Schlachtviehzoll zu einem höheren Preise verkaufen können, dann werden sie eben auch für das Einstellvieh mehr bezahlen können, und dies sei der Nutzen, den die alpenländische Landwirtschaft, die Zucht- und Nutztvieh produziert, aus dem Schlachtviehzoll haben werde.

Ich werde nun nicht bestreiten, meine Herren, daß in diesem Argument auch ein Stückchen Wahrheit steckt: gewiß spielt dieser Umstand auch eine Rolle; aber ich glaube, daß die Bedeutung dieses Argumentes von der agrarischen Seite ganz maßlos übertrieben wird. Zum Schlusse wird ja der Preis, den die Abmelkwirtschaften für das alpenländische Vieh, das

sie einstellen, bezahlen können, nicht davon abhängen, was sie für das ausgemusterte Schlachtvieh bekommen, sondern davon, welche Entwicklung unsere Milchwirtschaft und unsere Molkereiproduktion nimmt. Das ist doch das Entscheidende, nicht das Schlachtvieh, das in diesem Falle ja nur ein Abfallprodukt ist, sondern die Milch, die das eigentliche Produkt der Abmelkwirtschaften ist. Die Milch wird entscheidend die Stärke und Intensität der Nachfrage beeinflussen können, die die Abmelkwirtschaften nach dem alpenländischen Zuchtvieh entfalten können. Und nun, meine Herren, haben Sie ja selbst in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, durch was der Absatz unserer Milchwirtschaft bestimmt wird. Ich will gar nicht leugnen, es ist gewiß eine der erfreulichsten volkswirtschaftlichen Erscheinungen der letzten Jahre, daß sich unsere Milchproduktion verhältnismäßig schnell wiederhergestellt hat und heute wieder auf einem unvergleichlich höheren Niveau ist, als zur Zeit des Zusammenbruches. Aber gerade infolge dieser verhältnismäßig günstigen Entwicklung unserer Milchwirtschaft haben Sie selbst die Erfahrung gemacht, wie viel kleiner der Milchkonsum in den großen Konsumzentren und insbesondere in Wien heute ist, als er vor dem Kriege war, wie viel weniger die Bevölkerung heute an Milch konsumiert und wie viel empfindlicher sie gegen Preiserhöhungen ist, wie viel schneller der Absatz zusammenschrumpft, wenn die Preise erhöht werden. Sie haben die Erfahrung gemacht, welche enge Grenze der Entwicklung der heimischen Milchwirtschaft durch die verkleinerte Konsumtionskraft der Massen der städtischen Bevölkerung gesetzt ist. Und nun ist es ganz klar, daß alles, was die Konsumtionskraft, die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung beeinträchtigt, ein Hindernis für die Steigerung des Milchabsatzes und daher ein Hindernis für die Entwicklung der heimischen Milchwirtschaft ist. Es gibt ja auch aus anderen Ländern überaus lehrreiche Beispiele dafür, wie gerade die Milchwirtschaft in hohem Maße abhängig ist von der Steigerung der Konsumtionskraft der städtischen Bevölkerung und vor allem der städtischen Arbeitermassen. Die ganz gewaltige und gewiß musterhafte Entwicklung der Milchwirtschaft nicht nur in England, sondern vor allem in Dänemark war einfach eine Begleiterscheinung des Aufstieges der englischen Arbeitermassen. Es war erst in dem Momente, als das Massenelend der englischen Arbeiter, wie es in den Hungertagen der Vierzigerjahre bestanden hat, überwunden war, als der englische Arbeiter sich ein höheres Niveau der Lebenshaltung erkämpft hatte, als auch auf dem Tische des englischen Arbeiters Butter zum Frühstück gestanden ist, die Voraussetzung für diese gewaltige und musterhafte Entwicklung der großen Molkereiwirtschaften in den Ländern, die England versorgen, gegeben.

Das ist das Beispiel, das Ihnen vorschweben soll. Aber wenn Sie umgekehrt den österreichischen Arbeiter durch hohe Zölle auf Lebensmittel und vor allem auch auf Fleisch und Fett schwer belasten, die Kaufkraft seines Arbeitslohnes dadurch reduzieren, dann hat dies die unvermeidliche Wirkung, daß die Enge der Nachfrage nach Milch, die geringe Kaufkraft der Milch konsumierenden Bevölkerung der Entwicklung der Milchwirtschaft eine Schranke setzt, die dann natürlich auch auf den Preis, für den die Milchwirtschaft die Kühe der alpenländischen Viehzucht abnimmt, einwirkt. Und Sie täuschen sich gründlich darüber, wenn Sie meinen, daß Sie dann für die reduzierte Möglichkeit des Milchkonsums der alpenländischen Viehzucht eine Entschädigung dadurch geben können, daß die Abmelkwirtschaften für das ausgemusterte Vieh vielleicht dank dem Schlachtviehzoll um ein paar Kronen mehr bekommen können, als wenn dieser Schlachtviehzoll nicht wäre. Ich bin überzeugt, daß trotz dieses Gegenargumentes, das Sie mir entgegengehalten haben, es richtig ist, daß das wirkliche Interesse der heimischen Landwirtschaft an dem Zoll auf Schlachtvieh ein außerordentlich geringes ist im Vergleich zu den schweren und bedenklichen Folgen, die dieser Zoll für die städtische Bevölkerung hat. Und deswegen ist das ein Zoll, der vom volkswirtschaftlichen Standpunkte nicht zu verantworten ist, ein Zoll, dessen Vorteile für einen Zweig der heimischen Produktion weit überkompensiert werden durch den Nachteil der schweren und bedenklichen Lasten, die er dem Konsum auferlegt.

Was ich vom Schlachtviehzoll gesagt habe, gilt aber in noch höherem Maße von dem Zoll auf Fett. Der Zoll auf Fett erscheint als ein Agrarzoll und die Agrarier erscheinen als seine Interessenten.

In Wirklichkeit ist das nicht wahr. Die österreichische Landwirtschaft hat an einem Zoll auf Fett überhaupt kein Interesse. Wenn Sie sich die Statistik des Wiener Marktes anschauen, so sehen Sie, daß die Fettschweine, die hier aufgetrieben werden, zu einem geradezu lächerlichen, zu einem geradezu verschwindenden Prozentsatz aus dem Inlande kommen, der weitaus größte Teil aus dem Auslande. Wir haben praktisch keine Fettproduktion in Österreich und deswegen hat die österreichische Landwirtschaft an dem Fettzoll kein Interesse. Es ist kein Geheimnis, daß die Kraft, die den Zoll auf Fett betreibt und ihn durchgesetzt hat, gar nicht die Agrarier waren, sondern ein bestimmter Industriezweig. (Zustimmung.) Es ist gar kein Zweifel, daß die Herren, die Kunstfett erzeugen, es gewesen sind, die dafür waren, daß man das Schweinefett der Bevölkerung so verteuern soll, daß sie es nicht mehr kaufen kann und gezwungen ist, Kunstfett zu konsumieren. (Zustimmung.) Nun ich wünsche der Kunstfettindustrie alles Gedeihen, aber das geht natürlich nicht, daß eine einzelne Industrie, die im

ganzen ein paar hundert Arbeiter beschäftigt, der gesamten übrigen Arbeiterschaft und der ganzen städtischen Bevölkerung eine schwere Last auferlegt, nur zu dem Zwecke, damit die Menschen gezwungen werden, wider ihren Willen ihre Produkte zu kaufen. Eine solche Monopolisierung des Marktes, ein solches Bannrecht, wie die alten feudalen Herren es gehabt haben, die die hörigen Bauern gezwungen haben, von ihnen zu kaufen oder ihnen zu verkaufen, ein solches Bannrecht kann man der Industrie nicht zugestehen. Der Zettzoll ist eine sehr empfindliche Belastung der Bevölkerung, gerade bei den Lebensgewohnheiten, die die Österreicher haben. Die Herren von dieser Industrie pflegen auseinanderzusetzen, daß die österreichische Bevölkerung zu viel Schweinefett konsumiere, während in anderen Ländern mehr Kunstfett konsumiert werde. Das sind lächerliche Argumente. In Wirklichkeit hängt das Verhältnis zwischen dem Konsum an Schweinefett und an Kunstfett natürlich mit den ganzen Lebensgewohnheiten der Bevölkerung zusammen. Daß etwa die Engländer, die nicht die Gewohnheit haben, Mehlspeisen zu essen, dafür aber viel mehr Fleisch und Fett und viel mehr Schweinespeck essen als wir, mehr Kunstfett im Verhältnis zum Schweinefett konsumieren können, das ist sehr leicht verständlich. Aber Sie werden den Österreichern ihre Lebensgewohnheiten nicht abgewöhnen, am allerwenigsten durch einen Zolltarif, der Zölle auf Schlachtrinder und Rindfleisch legt.

Es ist also ganz töricht, zu glauben, daß das zu erreichen wäre. Dieser ganze Zoll, an dem die Agrarier gar kein Interesse haben, für den sich nur ein kleiner Industriezweig einsetzt, der nichts ist als ein Tribut der ganzen Bevölkerung an einen einzelnen kleinen Industriezweig, ist volkswirtschaftlich überhaupt nicht zu rechtfertigen, und es ist ein ganz groteskes Beispiel, welche Macht einzelne sehr kleine Industriezweige über die bürgerliche Mehrheit dieses Hauses haben, wenn man trotzdem an diesem Zoll überhaupt festgehalten hat.

Auch unter den Industriezöllen ist eine ganze Reihe von Zöllen, die von unserem Standpunkt schlechthin unannehmbar sind. Ich habe schon früher beispielsweise auf den Zementzoll hingewiesen. Ich muß die Argumente, die gegen ihn gebraucht werden, wirklich nicht wiederholen. Aber ist es nicht ganz klar, daß es eine Trivialität ist, in einer Zeit so entsetzlicher Wohnungsnot, in der schon der hohe Zinsfuß jede private Bautätigkeit unmöglich macht, die Bautätigkeit daher notwendig in den Händen öffentlicher Körperschaften konzentriert sein muß, deren Mittel schließlich begrenzt sind, diese Bautätigkeit zu erschweren und zu verteuern und damit einzuengen durch einen so hohen Zementzoll? Ist es nicht Wahnsinn, daß wir auf der einen Seite uns alle Mühe geben, dem Ausbau der Wasser-

kräfte zu fördern und dafür die größten Opfer bringen und dann diesen Ausbau durch einen solchen Zementzoll verteuern? Ist es nicht gerade das Gegenteil dessen, was für unsere Landwirtschaft notwendig ist, wenn wir auf die Errichtung jeder betonierten Zauchengrube eine Straffsteuer von Staats wegen setzen? Ich habe nur diese paar Zölle hervorgehoben, aber Sie begreifen schon, das sind Dinge, für die wir jede Mitverantwortung ablehnen, die wir nicht mitverantworten werden, gegen die wir uns die ganzen Monate hindurch gewehrt haben.

Man hat uns gefragt, warum wir denn unter solchen Umständen, da wir dem Zolltarif so feindlich gegenüberstehen, ihn nicht überhaupt unmöglich machen, was ja mit den Mitteln der Obstruktion technisch gewiß möglich wäre. Ich habe gar keinen Grund, dieser Frage auszuweichen. Ich sage ganz offen, daß wir das nicht tun und nach unserer Überzeugung nicht tun können, weil wir in einem Augenblick, in dem die Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschecho-Slowakei bevorstehen, nicht die Verantwortung dafür tragen können und wollen, daß den österreichischen Unterhändlern infolge des Scheiterns des Zolltarifs jedes Kompensationsobjekt für diese Vertragsverhandlungen fehlen würde. Dafür wollen wir die Verantwortung nicht übernehmen. Wir haben eine ganz außerordentlich große Arbeitslosigkeit, wir bekennen Ihnen offen, daß wir vor der Entwicklung dieser Arbeitslosigkeit Angst haben, Angst haben davor, welchen Umfang von Arbeitslosigkeit uns der Winter bringen wird. Wir sind überzeugt, daß es eine Pflicht der Gesetzgebung ist, dem Wachstum der Arbeitslosigkeit nach Kräften entgegenzuwirken. Wir meinen, daß zwar nicht dieser Zolltarif selbst, aber vielleicht Handelsverträge mit der Tschecho-Slowakei und den anderen Nachfolgestaaten sowie mit Deutschland ein Mittel sein können, die Arbeitslosigkeit immerhin einigermaßen einzudämmen. Wir verstehen, daß man für diese Vertragsverhandlungen Kompensationsobjekte braucht und wir wollen nicht hindern, daß die österreichischen Unterhändler diese Kompensationsobjekte haben. Deswegen können wir uns nicht entschließen, den Zolltarif überhaupt durch Obstruktion zu verhindern.

Aber wenn wir das nicht tun, so heißt das noch lange nicht, daß wir uns mit dem Inhalte dieses Zolltarifs abfinden. Wir können Sie nicht hindern, daß Sie abstimmen, daß die Mehrheit im Parlament entscheidet, aber, meine Herren, es liegt Ihnen eine ganze Reihe, es liegen Ihnen viele Duzende Abänderungsanträge von uns vor und wir bitten Sie hier noch einmal eindringlichst, jeden einzelnen dieser Abänderungsanträge zu erwägen und zu prüfen, ehe Sie sich über ihn entscheiden. Das ist es, was wir von Ihnen verlangen. Wir appellieren an die Herren Vertreter der Städte, die hier gewählt sind und die ganz ebenso, wie wir

die Pflicht haben, die Interessen der konsumierenden Bevölkerung zu wahren, uns vor allem zu helfen, den Zoll auf Schlachtvieh und damit auch den Zoll auf Fleisch — denn der Zoll auf Schlachtvieh bestimmt diesen Zoll — zu Falle zu bringen oder zumindest herunterzusetzen. Wir appellieren auf der anderen Seite an die Herren Vertreter der Landwirte. Meine Herren! Sie haben es in der Hand, durch Ihre Stimmen Industriezölle, wie es der Mehlszoll, der Zementzoll ist, Zölle, die sich für Agrarzölle ausgeben, aber in Wirklichkeit nur Wünsche der Industrie sind, wie es der Fettszoll ist, zu Falle zu bringen oder mindestens herabzusetzen. Unsere Minderheitsanträge geben Ihnen die Möglichkeit dazu, Sie haben diese Möglichkeit in der Abstimmung. Und was wäre, wenn Sie diese Minderheitsanträge annehmen würden? Der Zolltarif käme zustande, es wäre auch dann ein Zolltarif, der für die Vertragsverhandlungen durchaus hinreichende Kompensationsobjekte den österreichischen Unterhändlern in die Hand gäbe, aber es würde auf der einen Seite eine übermäßige Belastung der städtischen Bevölkerung durch diesen Schlachtviehzoll und Mehlszoll vermieden werden, auf der anderen Seite ein volkswirtschaftlich so schädlicher Zoll, wie der Zementzoll, auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werden. Der Zolltarif käme dann rechtzeitig zustande, er wäre für die Vertragsverhandlungen zu brauchen, er wäre aber nach der agrarischen sowie nach der industriellen Seite vernünftiger und besser, als er jetzt ist. Unsere Anträge liegen Ihnen vor, wir können Sie nicht hindern, abzustimmen; aber wir sagen Ihnen ganz offen, wir werden für die Zölle, die da vom Ausschusse vorgeschlagen werden, die Verantwortung nicht übernehmen. Wenn Sie unsere Minderheitsanträge ablehnen, werden Sie und Sie allein die Verantwortung für die Folgen zu tragen haben. *(Lebhafter Beifall.)*

Der Zolltarif hat aber noch eine andere Seite. Es ist gar kein Zweifel, daß der Zolltarif, obwohl er als eine rein wirtschaftspolitische Maßregel eingeführt wird, in Wirklichkeit eine staatsfinanzielle Maßregel von allergrößter Bedeutung ist. Vor allem enthält dieser Zolltarif eine ganze Anzahl von Finanzzöllen. In den Verhandlungen, die die Parteien untereinander und mit der Regierung während dieser ganzen Monate geführt haben — wir haben allerdings sehr selten das Glück gehabt, den Herrn Handelsminister dabei zu sehen, im übrigen aber war ja die Regierung da —, ist immer wieder auseinandergesetzt worden, daß die Fertigstellung des Zolltarifs wegen der Handelsvertragsverhandlungen eine unbedingte Notwendigkeit sei. Jeder müsse da irgendwelche Opfer bringen, um den Zolltarif zu ermöglichen. Die Regierung versteht es ausgezeichnet, an die Parteien Appelle zu richten, Opfer zu bringen.

Ganz anders war es, wenn man auch dem Herrn Finanzminister Opfer zugemutet hat. Dieser Zolltarif enthält Finanzzölle von bedeutender Höhe. Die Opfer, die der Herr Finanzminister gebracht hat, um den Zolltarif zu ermöglichen, waren minimal. Man hat ihm ja ein paar Goldkronen bei den Kakaobohnen und beim Reis und ein paar Goldheller beim Erdöl abgerungen, aber bei den entscheidenden Finanzzöllen, bei Kaffee, Tee und all den anderen hat sich der Herr Finanzminister an jeden Heller geklammert. Es sind aber keineswegs nur die Finanzzölle, die finanzielle Bedeutung haben, sondern es liegt in der Natur unseres Wirtschaftsgebietes, daß jeder Zoll zum großen Teil zum Finanzzoll wird. Wenn Sie einen Zoll auf Weizen einführen, werden zwei Drittel des Ertrages dieses Zolles, zwei Drittel von der Belastung, die der Konsument trägt, dem Herrn Finanzminister zufallen, denn kein Zoll kann etwas daran ändern, daß wir den größeren Teil unseres Weizenbedarfes durch Zufuhren aus dem Ausland decken müssen. Für die Industriezölle gilt ganz dasselbe. Die Textilizölle, die hier sind, werden nicht die Einfuhr von Textilwaren verhindern. Von gewissen Textilien wird vielleicht weniger eingeführt werden, aber eine Anzahl von Textilwaren muß eingeführt werden, weil sich ja in einem so kleinen Lande die Industrie nicht für so zahllose Artikel spezialisieren kann. Infolgedessen wird auch jeder dieser Schutzzölle die größten finanziellen Wirkungen haben. Ich bin nicht imstande, zu errechnen, wie groß die Mehreinnahmen des Finanzministers aus diesem Zolltarif sein werden. Das hängt davon ab, inwieweit die Zölle etwa durch die Handelsverträge herabgesetzt werden, auch von wirtschaftlichen Konjunkturen. Aber daß dieser Zolltarif eine außerordentlich hohe Mehreinnahme für den Herrn Finanzminister bedeutet, daß mit diesem Zolltarif die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt unzweifelhaft abgeschlossen ist, daß das, was dazu fehlte, durch diesen Zolltarif allein jetzt erreicht ist, steht außer Zweifel. Die Rechnung, die der Herr Finanzminister dem Finanzkomitee des Völkerbundes über die voraussichtliche Gebarung für das nächste Jahr vorgelegt hat und die die Mehreinnahmen aus dem Zolltarif, wie ich aus Mitteilungen des Herrn Finanzministers, die öffentlich gemacht wurden, gar nicht berücksichtigt, ist eben viel zu pessimistisch. Daß in Wirklichkeit dieser Zolltarif eine Reserve darstellt, die die Wiederherstellung des Gleichgewichtes in unserem Staatshaushalte sichert, das kann niemand ernsthaft bestreiten, der nur einmal den Versuch gemacht hat, die Zölle, die dieser Tarif enthält, mit der Einfuhrstatistik des vorigen Jahres, die uns vorliegt, zu konfrontieren und da ein paar Multiplikationen durchzuführen. *(Finanzminister Dr. Kienböck: Sie müssen aber auch die Schutzfunktion berücksichtigen!)* Die Schutzfunktion ist dabei voll berücksichtigt, aber

ich weiß sehr gut, daß diese Schutzfunktion, die der Zolltarif haben wird, nicht bewirkt, daß wir keinen Weizen oder kein Schlachtvieh einführen werden. Es ist also gar kein Zweifel, daß dieser Zolltarif ein ganz bedeutendes finanzielles Mehrerträgnis für den Herrn Finanzminister bedeutet und man sollte das gegenüber Versuchen, oft interessierten Versuchen, die Staatsfinanzen ungünstiger und aussichtsloser zu schildern, als dies in Wirklichkeit ist, nicht in Abrede zu stellen versuchen. Auf der anderen Seite aber muß der Herr Finanzminister begreifen, daß aus dieser Mehreinnahme, die ihm da gleichsam als ein Nebenprodukt einer wirtschaftspolitischen Maßregel erwächst, auch Verpflichtungen für den Staat hervorgehen.

Hier ist es meine Pflicht, vor allem auf eine Sache aufmerksam zu machen. Ich habe schon erwähnt, daß wir durch die ganz furchtbare Ausdehnung, die die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten angenommen hat, und durch die ganz bedrohlichen Tendenzen einer weiteren Ausdehnung dieser Arbeitslosigkeit außerordentlich bedrückt sind. Wir wollen hoffen, daß die Regierung das Instrument des Zolltarifs, daß sie in die Hand bekommt, zur Abschließung von Handelsverträgen benutzen wird, die unseren Export in die Nachbarstaaten beleben und dadurch diesem Wachstum der Arbeitslosigkeit einigermaßen entgegenwirken. Aber selbst wenn das gelingen sollte, so wird die Arbeitslosigkeit im nächsten Winter noch immer furchtbar groß sein. Das bedeutet ein Massenelend, von dem sich die Herren, die nicht so unmittelbar wie wir Gelegenheit haben, das zu beobachten, oft gar keine richtige Vorstellung machen können. Wir haben heute in Niederösterreich und in Obersteiermark Gebiete, wo die Mehrheit der Bevölkerung aus Arbeitslosen und ihren Familien besteht. *(Zustimmung.)* Ich brauche Ihnen nicht auseinanderzusetzen, welch furchtbare Not und welch unbeschreibliches Elend dort herrscht. Meine Herren! Es mag sein, daß der Zolltarif da oder dort, wenn er zur Grundlage von Handelsvertragsverhandlungen wird, irgendeinem Teil der Arbeitslosen wieder Arbeit schafft. Aber für die anderen, für diejenigen, die arbeitslos bleiben, bedeutet er nur eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung und dadurch eine weitere Steigerung ihres Elends.

Die Not der Arbeitslosen hat sich in den letzten Monaten sehr vergrößert — vergrößert infolge der Teuerungswelle, die wir wie ganz Europa gehabt haben und die selbstverständlich, da sie nicht durch eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung kompensiert wurde, die ganz verzweifelte Not der Arbeitslosen noch erhöht. Wenn wir nun zu der bisherigen Teuerung, die ihren Grund in internationalen Erscheinungen hat, die wir nicht zu beeinflussen vermögen, nun auch noch eine österreichische Spezial-

teuerung durch die Lebensmittelzölle hinzufügen, dann, meine Herren, ist es ganz selbstverständlich, daß es schlechthin unmöglich ist, bei der gegenwärtigen Arbeitslosenunterstützung die Menschen auch nur physisch durchzuhalten und vor dem nackten Verhungern zu schützen. Deswegen, meine Herren, ist es die ganz selbstverständliche Folgerung, die aus diesem Zolltarif fließt, daß eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vor dem Einbruch der kalten Jahreszeit erfolgen muß, und zwar erfolgen muß nicht in der Weise, wie alle letzten Erhöhungen erfolgt sind, daß man einfach die Last den Arbeitern und Arbeitgebern aufbürdet, während der Anteil des Staates am Aufwand für die Arbeitslosenunterstützung von einer Novelle zur anderen herabgesetzt worden ist. *(Zustimmung.)* Das geht, meine Herren, so nicht mehr weiter. Der ganze Zustand, in dem sich unsere Arbeitslosenversicherung befindet, ist geradezu grotesk. Die Kosten zahlen zur Hälfte die Arbeiter, zur Hälfte die Unternehmer, dazu tragen auch noch die Gemeinden etwas bei; der Staat trägt einen lächerlich geringen Teil, aber die Verwaltung ist restlos in den Händen des Staates, da hat niemand etwas dreinzureden. *(Zustimmung.)* Das ist ganz unmöglich. Gerade jetzt, wenn der Zolltarif die Lebenshaltung sowohl der Arbeitslosen als auch der Arbeiter durch die Verteuerung vieler wichtiger Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände herabzudrücken droht, während auf der anderen Seite die Einnahmen des Staates durch diesen Zolltarif eine ganz gewaltige Erhöhung erfahren werden, ist es ganz selbstverständlich, daß dieses Mißverhältnis korrigiert werden muß, korrigiert auch in der Hinsicht, daß die Entschädigung, die man den Arbeitslosen geben muß, diesmal von dem Hauptnutznießer des Zolltarifs, nämlich vom Fiskus getragen werden muß. Diese Forderung melde ich an und melde sie mit der größten Entschiedenheit und mit dem größten Nachdruck an. Als wir einmal ein Gesetz machten, durch das eine Erhöhung der Mietzinse herbeigeführt wurde, haben wir zugleich den Mietzinsbeitrag für die Arbeitslosen eingeführt. Ganz analog ist es, wenn Sie jetzt ein Gesetz machen, das eine Reihe von auch für den Arbeitslosen unentbehrlichen Lebensmitteln verteuert, selbstverständlich, daß bei diesem Anlaß auch die Arbeitslosenunterstützung entsprechend erhöht werden muß. Denn dort können Sie nichts mehr abzwicken, dort kann die Lebenshaltung nicht mehr gedrückt werden, dort ist man ja längst auf dem physiologischen Existenzminimum und in vielen Fällen darunter. Die Kosten dessen muß natürlich der Staat tragen und er kann sie sehr leicht tragen, da ja seine Mehreinnahmen aus dem Zolltarif außerordentlich groß sein werden.

Aber der Zolltarif legt keineswegs nur dem Staate besondere Verpflichtungen auf, sondern auch

der Klasse, die eigentlich diesen Zolltarif betrieben und in seinem Inhalt am stärksten beeinflusst hat, nämlich der Klasse der industriellen Unternehmer. Wer war es denn, der diesen Zolltarif betrieb, der nach seiner Fertigstellung drängte? Es waren vor allem die Herren vom Hauptverband der Industriellen. (*So ist es!*) Wer die Verhandlungen im Ausschuß mitmachte, hat gesehen, die eigentlich entscheidende und beherrschende Rolle bei diesen ganzen Beratungen hat in einer ganz erstaunlichen Weise, die in Österreich noch nie da war, der Hauptverband der Industriellen gespielt. (*Sehr richtig!*) Ich bitte, es war noch nicht eine ganz schrankenlose Diktatur, der Hauptverband ist noch auf gewisse Widerstände gestoßen, aber er war es, der entscheidend beeinflusste.

Wer sind denn die Nutznießer dieses Zolltarifs? Sie werden nicht behaupten, daß etwa der Handel der Nutznießer dieses Zolltarifs sei. Es hat eine Zeit gegeben — in Österreich macht man Nationalökonomie immer nach Modeströmungen —, da hat jeder gute Bürger in Österreich erzählt, Österreich werde ausschließlich von dem ungeheuren Aktivum leben, das die Zwischenhandelsfunktion Wiens für Österreich bedeute. Damals war man sehr begeistert für den Handel. Man hat damals reichlich in dieser Richtung übertrieben. Jetzt ist es umgekehrt. Nachdem die Handelskrise eingesetzt hat und Vertreter des Hauptverbandes der Industriellen auf den Bänken des Parlaments erschienen sind, hat sich die Lage geändert; jetzt ist es wieder Mode, den Handel sehr schlecht zu behandeln und zu erzählen, daß er gar keine Bedeutung für Österreich habe. Man übertreibt jetzt wieder einmal nach der entgegengesetzten Richtung, es ist jetzt Mode so. In Wirklichkeit unterliegt es für mich gar keinem Zweifel, daß der Handel einer derer ist, die die Kosten dieses Zolles tragen. Ihm wird dieser Zolltarif nichts nutzen, er wird ihm nur schaden.

Oder ist es etwa die große, zahlreiche Klasse der öffentlichen Angestellten Nutznießer dieses Zolltarifs? Diese öffentlichen Angestellten, denen man vor ein paar Monaten eine Besoldungsreform gegeben hat, die für die große Masse, für die untern Kategorien überhaupt nichts oder so gut wie nichts bedeutete? Und dann kam der Index. Heute schon fühlen sich die Angestellten einfach betrogen. Für einen Bettel hat man ihnen den Index abgekauft gerade in dem Moment, wo er wieder bedeutend zu steigen begann. Und jetzt kommen Sie ihnen wieder mit dem Zolltarif, durch den sie sicherlich ganz einseitig geschädigt werden.

Aber auch wenn ich mir die Bilanz der Landwirtschaft bei diesem Zolltarif anschau, so sieht sie mir nicht sehr großartig aus. Die Herren Industriellen haben für ihren Zolltarif, der nach ihren Wünschen gemacht werden soll, sich — das soll niemand beleidigen, es soll nur metaphorisch gemeint sein — die Stimmen

der Agrarier gekauft, indem sie auch den Agrarzöllen zustimmten. Wenn wir heute das Ergebnis betrachten, so sehen wir folgendes: es mag schon sein, daß gewisse Großagrarier noch immer ein Aktivum dabei haben. Die Masse der kleinen und mittleren Bauern aber fährt bei diesem Zolltarif ganz bestimmt nicht gut, und wenn Sie vergleichen, was Ihnen hier vorliegt: der Zucht- und Nutzviehzoll, der sicher sehr wenig zur Auswirkung kommen wird, weil wir ein Exportland für Zucht- und Nutzvieh sind und nicht ein Importland; der Schlachtviehzoll, von dem ich bewiesen zu haben glaube, daß er für die Landwirtschaft einen ganz geringfügigen Vorteil bedeutet; der Zoll auf Fett, der fast gar nichts bedeutet; der Zoll auf Getreide, der bestenfalls etwas für die größeren Landwirte im Flachlande bedeutet, aber nichts für die kleinen Landwirte und nichts für die Gebirgsbauern, und auf der anderen Seite demgegenüber die fühlbare Belastung durch die Industriezölle, die der Landwirt erst bezahlen muß, so glaube ich nicht, daß die Bilanz für die Landwirtschaft als Ganzes für die Masse der ländlichen Bevölkerung aktiv ist, höchstens vielleicht für eine kleine Minderzahl von größeren Landwirten.

Nein, meine Herren, die wirklichen Interessenten an diesem Zolltarif, das waren und das sind die Herren industriellen Unternehmer (*So ist es!*) und ich muß sagen, daß derjenige, der mit soziologischem Interesse die Entwicklung der österreichischen Politik, des österreichischen Parlamentarismus, der österreichischen politischen Parteien beobachtet, kaum etwas Interessanteres sehen konnte, als gerade aus der Geschichte dieses Zolltarifs zu ersehen, welch ungeheuren Machtzuwachs die Klasse der industriellen Unternehmer in dem letzten Jahr erlangt hat. Sie haben diesen Zolltarif gemacht, sie haben ihn betrieben, sie haben die Beschlüsse der bürgerlichen Mehrheit in den entscheidenden Punkten geradezu diktiert und sie sind in erster Linie für diesen Zolltarif verantwortlich. (*Beifall.*) Die Herren Unternehmer haben, wie ich gestehen muß, die politische Kunst außerordentlich gut gelernt. Sie haben gelernt, es zustande zu bringen, gleichzeitig die Gesetzgebung geradezu entscheidend in ihren Interessensfragen zu bestimmen und sich dabei auch noch dem Ausland gegenüber als die Verfolgten und Mißhandelten aufzuspielen. (*Sehr richtig!*) In dem Moment, wo sie hier den Zolltarif in dieser Weise nach ihrem Willen durchbringen, überreichen sie der Finanzkommission des Völkerbundes jene skandalöse Denkschrift (*Zustimmung*), in der sie tun, als ob hier eine Gesetzgebung wäre, auf die die Herren Unternehmer nicht den geringsten Einfluß hätten und die nichts anderes tue, als den Herren Unternehmern das Geschäft zu erschweren.

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Unternehmer im Zollausschuß waren für uns Sozial-

demokraten außerordentlich lehrreich und wir werden sie nicht so bald vergessen. Ich erinnere mich zum Beispiel, wie damals, als über die Eisenzölle beraten wurde, ein Vertreter der Maschinenindustrie anwesend war, der den Mut gehabt hat — denn es gehört, wenn man Eisen braucht, ganz gewiß Mut zu dem Wagnis, dem Eisenkartell zu widersprechen —, auseinanderzusetzen, daß der Eisenzoll in der damals vorgeschlagenen Höhe — der Ausschuß hat ihn ja erfreulicherweise ermäßigt — eine Belastung der Maschinenproduktion um ungefähr 5 oder 6 Prozent der gesamten Kosten bedeuten würde. Es klingt mir noch immer in den Ohren, wie damals die Herren Vertreter der Unternehmer auseinandergelegt haben: Nun, 5 oder 6 Prozent, das macht schließlich nicht soviel aus, daran wird die Industrie nicht zugrunde gehen! Und das hat sich, meine Herren, seither fortwährend wiederholt. Wenn wir über den Zementzoll gesprochen haben und man ausgerechnet hat, um wieviel Prozent die Baukosten dadurch verteuert werden, so haben wir sofort zu hören bekommen: Nun, ein paar Prozent, das macht ja nichts aus! Dieselben Herren erzählen dann dem Ausland, daß 4 Prozent Fürsorgeabgabe sie endgültig zugrunde richten. *(Beifall.)* Meine Herren! Diese Argumentation, die wir die ganze Zeit gehört haben, ob es sich nun um Garne gehandelt hat oder um Leder, um Holz oder um Eisen — bei allen Rohstoffzöllen haben wir das immer gehört: Ach, die paar Prozent machen es nicht aus —, klingt uns noch immer in den Ohren, und es ist ganz selbstverständlich, daß diese Argumentation nun auch Anwendung finden muß, wenn den Herren Unternehmern die Rechnung für diesen Zolltarif bei den Lohnverhandlungen präsentiert wird. *(Beifall.)* Ich habe selten ein so hochmütiges und verständnisloses Dokument gesehen wie die Antwort der Herren Unternehmer, die mir soeben gezeigt wurde, die sie den Metallarbeitern auf ihre Forderungen nach einer Revision des Lohnvertrages gegeben haben. Es scheint, daß die gefällige Dienstbarkeit, die die Herren vom Schwarzenbergplatz bei der Mehrheit dieses Hauses gefunden haben, die Herren etwas übermütig gemacht hat *(Zustimmung)*, denn ich kann es mir sonst nicht erklären, wenn die Herren nun den Versuch machen, in einer Zeit, in der sich, wie jeder weiß und wie sie in diesem Dokumente selbst zugeben müssen, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in den letzten Monaten empfindlich verschlechtert hat, die Arbeiter auch noch zu verhöhnen. Denn nur als Verhöhnung kann ich es auffassen, wenn sie in diesem Augenblick schwerster sozialer Notlage die Forderung nach einer Revision des Lohnvertrages mit so albernen Zumutungen beantworten, von denen sie selbst sehr genau wissen, daß sie für die Arbeiterschaft nicht diskutabel sind, wie nach Verlängerung der Arbeitszeit oder dergleichen Dingen, und wenn

sie über diese Forderung, die ihren Grund in der Bewegung der Warenpreise in den letzten Monaten hat, einfach hinweggehen und sagen, das sei nicht zu machen, und sie seien nicht in der Lage, darauf einzugehen.

Ich sage Ihnen ganz offen, meine Herren, daß es doch fehlerhaft wäre, wenn die Herren Unternehmer meinen, daß sie, weil sie heute auf das Parlament einen so entscheidenden Einfluß haben, wie sich dies gerade bei der Beratung des Zolltarifs gezeigt hat, überhaupt ganz schrankenlos diktieren können. Es mag ihnen gelungen sein, die bürgerlichen Parteien ganz in die Hand zu bekommen — das scheint auch nach den Erfahrungen bei diesem Zolltarif so zu sein —, die Arbeiterschaft nicht! Die wird sich weiter wehren und zu wehren wissen. Vom Standpunkt eines jeden, der die soziale Ruße für die erste Voraussetzung einer wirtschaftlichen Gesundung hält, halte ich es für außerordentlich unklug, wenn die Herren nun im Rausch der Siege, die sie bei diesem Zolltarif errungen haben, so übermütig werden, daß sie sich zu Dingen hinreißen lassen, wie diese Denkschrift von gestern und diese Antwort von heute, die sie da gegeben haben.

Wie steht denn in Wirklichkeit die Sache? Wir haben Ihnen während dieser ganzen Beratungen über den Zolltarif immer wieder folgendes gesagt: Sie haben behauptet, der Zolltarif sei für die Industrie notwendig, die Industrie könne ihn nicht entbehren. Aber Sie müssen zugeben, daß dieser Zolltarif auf der andern Seite eine Verteuerung wichtiger Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bedeutet, Sie müssen zugeben, daß die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter sehr gedrückt wird und daß sie das nicht auf sich nehmen können, sondern daß sie dann natürlich eine Kompensation suchen müssen in einer entsprechenden Erhöhung der Löhne. *(Zustimmung.)* So oft wir Ihnen das im Zollausschusse gesagt haben, haben die Vertreter des Schwarzenbergplatzes und der christlichsozialen Partei uns immer gesagt: Ja, das wissen wir schon, daß der Zolltarif der Industrie auch etwas kosten wird. Das ist allerdings nie in feierlichen Erklärungen gesagt worden, aber in vielen Zwischenrufen und in vielem zustimmenden Nicken ist uns immer gesagt worden, das wissen die Herren schon, daß sie etwas von dem Nutzen, den der Zolltarif für sie bedeutet, in Form von Lohnerhöhungen werden abgeben müssen. Das haben sie gesagt. Und es ist das auch eine Selbstverständlichkeit und es wird sich daran die Arbeiterschaft und die Angestellten natürlich auch halten. An diese Erkenntnis, der auch Sie sich nicht verschließen werden können, werden Sie immer wieder erinnert werden, und wenn Sie dann sagen, es geht nicht, so werden wir Sie immer erinnern an dieses Wort, das wir jetzt

so oft im Zollauschuß anhören mußten: Ach, diese paar Prozente wird die Industrie schon aushalten!

Wenn Sie aber meinen, meine Herren, sie hält es nicht aus, wenn Sie meinen, die Lage sei so gespannt, daß keine Lohnerhöhungen möglich seien, dann dürfen Sie der Arbeiterschaft und Angestellten keine solche Belastung auferlegen wie diesen Zolltarif. *(Lebhafter Beifall.)* Dann müssen Sie die Konsequenzen daraus ziehen; alle diese Lebensmittelzölle, die die Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter empfindlich erhöhen, zu streichen oder zumindest wesentlich herabzusetzen. Unsere Minoritätsvota liegen da. Es wird darüber abgestimmt werden. Sie haben Gelegenheit dazu und Ihr Einfluß auf die übrigen Parteien ist groß genug, die Mehrheit für unsere Minoritätsvota zu sichern, wenn Sie nur wollen. Es gibt also nur zwei Dinge: Halten Sie den Zolltarif in der Form, wie ihn der Zollauschuß beantragt hat, für volkswirtschaftlich möglich und notwendig, dann müssen Sie auch bei Lohnverhandlungen die Konsequenzen ziehen und dürfen nicht die Sprache sprechen, die heute die Wiener Unternehmer in der Antwort an die Metallarbeiter gesprochen haben. Halten Sie aber das nicht für möglich, dann können Sie nur eine Konsequenz ziehen: dann müssen Sie für unsere Minoritätsvota stimmen und ihnen zur Mehrheit verhelfen. *(Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)*

Vizekanzler Dr. Frank: Hohes Haus! Wenn ich namens der Regierung in dieser Debatte das Wort ergreife, so möchte ich zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß es gelungen ist, ein so schwieriges Werk, wie es ein Zolltarif immer ist, in verhältnismäßig kurzer Zeit und bei gründlicher Beratung so weit zu bringen, daß heute das Plenum des Hauses mit den Beratungen beginnen kann. Ein Zolltarif ist unter allen Umständen, zu allen Zeiten und in allen Parlamenten immer ein Gegenstand der schwierigsten und hartnäckigsten Kämpfe gewesen. Er schneidet ja in bedeutendem Maße in die ganze Gestaltung des künftigen Wirtschaftslebens eines Staates ein. Grundlegende Fehler in einem Zolltarif sind imstande, ganze Produktionsgebiete eines Staates zu verkümmern, unter Umständen andere zu ungerechtfertigt hypertrophischer Entwicklung zu bringen. Es ist begreiflich, daß ein solches Werk, das den gesetzgebenden Körperschaften eine derartige Verantwortung auferlegt, stets den Gegenstand gründlichster und reiflichster Erwägung und Erörterung bilden muß.

Es ist gerade angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung eines Zolltarifs klar, daß alle Interessentengruppen ihre wirklichen oder auch nur vermeintlichen Schmerzen den gesetzgebenden Körperschaften darlegen, daß sich die verschiedenartigsten und entgegengesetzten Wünsche melden und alle befriedigt werden wollen,

aber begreiflicherweise nicht alle befriedigt werden können. Auch gerechtfertigte Wünsche stehen oft miteinander im Widerspruch und es ist die meist nicht leichte Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaft, in allen diesen Fällen den Ausgleich zu finden, der zwar keinem voll recht geben kann, aber doch jedem die Lebensmöglichkeit bietet.

Ich glaube, der Zustimmung des ganzen hohen Hauses und auch der ganzen Öffentlichkeit sicher zu sein, wenn ich dem Zollauschuß für seine gründliche und rasche Beratung dieses Zolltarifs den besten Dank der Regierung ausspreche. Mein Dank gilt aber auch allen denjenigen, die außerhalb dieses Parlamentes an dem Zustandekommen des Zolltarifs mitgewirkt haben, und vor allem auch den Beamten, die in aufopfernder Weise das Material für seine Behandlung und Erledigung im Ausschusse vorbereitet haben. Ich freue mich auch, feststellen zu können, daß der Ausgleich der gegensätzlichen Interessen ohne erbitterte Kämpfe und in vorwiegend rein sachlich geführten Verhandlungen möglich war. Es wird, wie ich glaube, diese meine Anerkennung nicht beeinträchtigen, wenn ich diese rasche Arbeit darauf zurückführe, daß bei allen Parteien des Hauses die Überzeugung von der Notwendigkeit der baldigen Schaffung des Zolltarifs lebendig war. Die Überzeugung von dieser Notwendigkeit war es auch, die die Regierung veranlaßte, den Zollaris Entwurf dem Hause zu unterbreiten. Wir hatten bisher nur den Zollarif, der aus der alten Monarchie stammt, der einem großen, mit gewissen Einschränkungen beinahe autarken Wirtschaftsgebiet angepaßt war, der ganz andere Interessen schützte, beziehungsweise nicht schützte, als es unser so bedeutend kleiner gewordenen Wirtschaftsgebiet erforderte. Es zeigte sich dies darin, daß einerseits Erzeugnisse geschützt waren, die gegenwärtig eines Schutzes nicht mehr bedürfen, weil eine Erzeugung im gegenwärtigen Inland nicht mehr stattfindet, daß andererseits Erzeugnisse, die in der alten Monarchie Exportartikel waren und eines Schutzes nicht bedurften, nunmehr schutzlos waren, und durch die übermächtige Konkurrenz des Auslandes ernstlich bedroht sind. Man hat sich mit dem alten Zollarif durch eine allmähliche Valorisierung der seinerzeitigen Zollsätze geholfen und es ist bezeichnend, daß es nicht möglich war, bis zu einer Vollvalorisierung der Zollsätze zu gelangen, sondern daß man bei einer Valorisierung bei 10.000 stehen bleiben mußte, weil das allgemeine Niveau der Zollsätze linear nicht weiter erhöht werden konnte, ohne wichtige Interessen zu verletzen. Wir sind damit zu einem Zustand einer gewissen handelspolitischen Immobilisierung gelangt, die sich ganz besonders schwerwiegend beim Abschluß unserer Handelsverträge geltend machte. Alle Handelsverträge, die seit dem Zusammenbruch mit ausländischen Staaten abgeschlossen wurden, wurden ja nicht auf Grund des

früher geltenden Zolltarifs abgeschlossen, sondern unter Hinweis auf einen in Zukunft zu erstellenden Tarif unter Hinweis auf bloße Absichten, die unsere Unterhändler der Gegenseite mitteilten. Es war möglich, gewisse Erfolge durch ein solches In-Aus-sicht-Stellen eines in dem Nebel der Zukunft schwebenden Zolltarifs zu erreichen, aber es ist ganz selbstverständlich, daß ein solches Verfahren nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden konnte, daß wir vielmehr endlich zu dem so oft in Aussicht gestellten Zolltarif gelangen mußten, um ein brauchbares Instrument für handelspolitische Verhandlungen zu haben.

Herr Dr. Bauer hat erwähnt, daß eine ganz bedeutende Wirkung dieses Zolltarifs in der finanziellen Auswirkung desselben für die Staatsfinanzen besteht. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Zolltarif Mehreinnahmen für den Staatsfiskus bringt, aber dies ist sicher nicht der Hauptzweck der Regierung gewesen, sondern lediglich eine Nebenwirkung, die sich aus der aus anderen Gründen notwendigen Aufstellung gewisser Zölle eingestellt hat. Es ist ganz unmöglich, sich gegenwärtig über die Höhe dieser Mehreinnahmen ein verlässliches Urteil zu bilden. Wenn diese Nebenwirkung eintritt, ist es gewiß nichts Unerfreuliches, daß unsere Budgetziffern eine Verstärkung erfahren.

Selbstverständlich ist die alte, bei allen Zolltarifverhandlungen wiederkehrende Streitfrage auch bei der Ausarbeitung dieses Zolltarifs wieder lebendig geworden: die grundsätzliche Frage: Freihandel oder Schutzzollpolitik. Hohes Haus! Ich möchte die theoretischen Ausführungen, aber auch die wichtigste praktische Schlussfolgerung, die Herr Dr. Bauer gezogen hat, vollkommen unterschreiben. Es ist gewiß richtig, daß ein Staat, wie Österreich, der einen großen Teil seiner passiven Handelsbilanz durch andere Faktoren der Zahlungsbilanz ausgleichen muß — und zwar dadurch, daß er Funktionen des Handelszentrums, des Finanzzentrums und des kulturellen Zentrums übernehmen soll —, der auf die Einfuhr eines großen Teiles seiner Lebensmittel und wichtiger industrieller Rohstoffe angewiesen ist, naturgemäß zum Freihandel gedrängt ist. Wenn wir frei verfügen, wenn wir auch den Willen der anderen beeinflussen könnten, so wäre es der Regierung das liebste gewesen, wenn sie einen freihändlerischen Tarif dem Hause hätte vorlegen können. Aber Herr Dr. Bauer selbst hat zugegeben, daß ein solches Verhalten für uns der reinste wirtschaftliche Selbstmord gewesen wäre. Die Ansicht, es wäre unsere Sache gewesen, durch unser Beispiel andere anzueifern und trotz unserer wirtschaftlichen Schwäche mit einem freihändlerischen Zolltarif hervortreten, um die anderen Staaten zur Nachahmung dieses Beispiels zu veranlassen, halte ich für reichlich naiv. Wir hätten durch ein solches Vorgehen höchstens ein

mitleidiges Lächeln, aber niemals einen Erfolg erzielt. Die Tendenz der Regierung, die oft geäußert wurde, und auch oft zum Ausdruck kam, war immer, allmählich im Verhandlungswege zu einer möglichst geringen Beschränkung des gegenseitigen Verkehrs zu gelangen. Es ist auch bezeichnend, daß wir durch die Entwicklung der Nachkriegszeit so weit zurückgeworfen sind, daß gegenwärtig der Handelsverkehr zwischen den Nachbarstaaten nicht nur durch Schutzzölle behindert ist, sondern durch Hemmnisse, die eigentlich einer viel früheren geschichtlichen Epoche angehören, und erst in der Mentalität der Nachkriegszeit wieder zu Ehren gelangt sind, durch Einfuhr- und Ausfuhrverbote.

Sie wissen, daß gerade unser Staat es war, der in der Beseitigung dieser Hemmnisse des zwischenstaatlichen Verkehrs vorangegangen ist und es wird auch die Tendenz der Regierung bei den in Zukunft abzuschließenden Handelsverträgen sein, auf die weitere Beseitigung dieser Hemmnisse des zwischenstaatlichen Verkehrs zu dringen.

Auch eine andere oft gehörte Deduktion ist unrichtig. Es wird gesagt, daß unserer Industrie, die zum überwiegenden Teil Exportindustrie ist, mit einem noch so hohen Schutzzoll, niemals gedient sein könne, weil er wohl verhindern kann, daß fremde Waren hereinkommen, aber nicht bewirken könne, daß unsere Waren in das Ausland kommen. Ich möchte dazu bemerken, daß — mag auch für einen großen Teil der Industrie der Inlandsmarkt von verschwindender oder geringerer Bedeutung sein — es doch nicht angeht zu sagen, daß diese Industrie den Inlandsmarkt vollständig entbehren kann und daß man da das Bibelwort anwenden kann: „Wer nichts hat, dem wird auch noch genommen werden.“

Vor allem aber soll der Zolltarif es ermöglichen, daß wir zu Handelsverträgen gelangen, die unserer Industrie den Export wieder ermöglicht. Unser Zolltarif ist gewiß kein Kampftarif im eigentlichen Sinne, weder der Regierungsentwurf, noch der vom Ausschuß ausgearbeitete Entwurf. Er enthält gewiß nicht hohe Schutzzölle, er beschränkt sich auf den notwendigen Schutz, dessen gewisse Industrie- und Produktionszweige bei uns bedürfen. Er soll auch nicht als Drohung gegen die Nachbarstaaten gemeint sein, aber er wird uns die Handhabe bieten, bei Handelsvertragsverhandlungen verschiedene Erleichterungen unseres Exportes zu erreichen. Wenn Herr Dr. Bauer nach dieser Betrachtung der momentanen Möglichkeit der Freihandels- und der Schutzzollpolitik schließlich nur zu dem Vorwurf gelangt ist, daß das durchschnittliche Niveau der in diesem Tarif enthaltenen Zölle zu hoch ist, dann trennt ihn, eigentlich kein prinzipieller Gegensatz von der Anschauung der Mehrheit des Hauses, sondern lediglich eine quantitative Beurteilung, inwieweit auf der Linie, deren Endpunkt durch Hochschutzzoll und voll-

ständige Handelsfreiheit gegeben sind, gegangen werden soll, ein Haltpunkt, über den natürlich die Ansichten geteilt sein können.

Herr Abg. Dr. Bauer hat sich auch mit jenen Zöllen befaßt, die in den Beratungen selbstverständlich im Mittelpunkt des Interesses und des Kampfes standen, mit den Agrarzöllen. Ich glaube, daß gerade diesen Zöllen durch einen Beschluß des Ausschusses die Schärfe genommen ist, indem gerade bei den wichtigsten Zöllen, die gewissermaßen als Paradigma der Agrarzölle angesehen werden und es auch sind, bei den Getreidezöllen, eine Regelung beschlossen wurde, die allerdings noch nicht erprobt ist von der wir aber hoffen, daß sie sich bewährt: die gleitenden Zölle. Durch diese wird es möglich sein, gerade bei den wichtigsten Nahrungsmitteln zu einer gewissen Stabilität der Preise zu gelangen, ohne der Landwirtschaft einen übermäßigen Schutz dort, wo er nicht mehr notwendig ist, zu bieten, und ohne die Konsumenten mehr zu belasten, als notwendig ist, um die Landwirtschaft zu schützen.

Wenn ich von einem Gegensatz spreche, der zwischen den städtischen Interessen, den Konsumenten, und der agrarischen Bevölkerung besteht, so kann ich die Ansicht Dr. Bauers, der unter allen Umständen prinzipiell gegen Getreidezölle ist, nicht teilen. Auch Herr Dr. Bauer hat diese seine Meinung etwas eingeschränkt. Er ist der Ansicht, daß an Stelle der Getreidezölle das Einfuhrmonopol für Getreide gesetzt werden soll, also eine Maßnahme, die gewiß etwas anderes ist als Einfuhrzölle, aber im Wesen doch als eine Prämie für die Landwirtschaft wirkt. Sicher ist, daß sich bei der Frage des Getreidepreises ein Gegensatz zwischen städtischer und agrarischer Bevölkerung entwickeln muß. Aber dieser Gegensatz kann und darf nicht so weit gehen, daß der eine oder der andere Teil aus der vollständigen Vernichtung des anderen Teiles irgendeinen Vorteil haben könnte. Der Gegensatz zwischen städtischer und agrarischer Bevölkerung ist nur bis zu einem gewissen Grade berechtigt. Es kann weder im Interesse der städtischen Bevölkerung liegen, daß der Bauernstand vollständig verarmt und zugrunde geht, ebenso wenig wie es im Interesse der agrarischen Bevölkerung liegen kann, daß die städtische Bevölkerung verelendet und ihre Kaufkraft vollständig einbüßt. Da muß der Ausgleich der Interessen gefunden werden und er ist, wie die Beratungen über den Zolltarif zeigen, auch bei gutem Willen zu finden, ein Ausgleich der beiden Teilen die Lebensmöglichkeit gestattet.

Es ist von meinem Vorredner, aber auch in der öffentlichen Diskussion sehr oft von der verteuernenden Wirkung des Zolltarifs gesprochen worden. Ich muß sagen, daß ich diesen Ausdruck in dieser Ver-

allgemeinerung nicht gerne höre, weil er wie eine Aufforderung wirkt, die zum großen Teil gewiß unberechtigt ist. Ich bestreite es entschieden, daß jeder Zoll die Berechtigung gibt, das betreffende Produkt schon um den Zollsatz zu erhöhen. Die Zölle werden sich grundsätzlich und dürfen sich grundsätzlich nicht in ihrer vollen Höhe und bis zum Konsumenten auswirken. Es kommt gewiß gegenwärtig auch in Betracht, daß, wie ich glaube, bei vielen Produkten und besonders bei den lebenswichtigen Produkten die gegenwärtige Preiskalkulation schon einen genügenden Spielraum bildet, um den Zoll nicht zur Gänze oder zum größten Teil auf den Konsumenten überwälzen zu müssen, und ich hoffe, daß gerade die Preise, die hier in Betracht kommen, sich alle notwendige Zurückhaltung auferlegen werden, um eine solche Erhöhung der konsumierenden Bevölkerung nicht unnötigerweise fühlbar zu machen. Eines aber möchte ich dem hohen Hause und auch der Öffentlichkeit hier gleich sagen, daß die Regierung keinesfalls teilnahmslos zusehen würde, wenn der Zolltarif als Vorwand dafür benutzt werden sollte, um eine nicht berechtigte Erhöhung der Preise der lebenswichtigen Nahrungsmittel vorzunehmen. (*Bravo!*)

Der Herr Abg. Bauer hat am Schlusse seiner Ausführungen hervorgehoben, daß der ganze Zolltarif eigentlich niemand zugute komme als dem Finanzminister und den Industriellen. Ich glaube, daß schon die letztere Abgrenzung etwas zu eng gegriffen ist, denn wenn der Zolltarif der Industrie zugute kommt, so kommt er wohl nicht den Unternehmern allein zugute, sondern auch den Arbeitern, zumindest schützt er sie vor der Gefahr einer Betriebseinstellung oder Betriebseinschränkung. Es ist, wie ich schon eingangs meiner Ausführungen mir hervorzuheben erlaubt habe, gewiß ganz unmöglich, daß bei den Beratungen eines so wichtigen und umstrittenen Gegenstandes alle Wünsche befriedigt werden, es ist sicher, daß es eine große Zahl von Unzufriedenen gerade auch unter der vom Herrn Abg. Dr. Bauer erwähnten Kategorie der industriellen Unternehmer geben wird. Es ist eben ganz unmöglich, es allen recht zu machen, es kann sich immer nur darum handeln, den Ausgleich zu treffen, der den Interessen der Allgemeinheit entspricht. Und ich hoffe, daß dieser Zolltarif — wenn gerade von der Industrie gesprochen wird — den Branchen der Industrie, die jetzt mit außerordentlichen Schwierigkeiten kämpfen, doch die notwendige Erleichterung bieten wird. Und ich werde gewiß keinen Widerspruch erfahren, wenn ich sage, daß an dem Schicksal der Industrie die Arbeiter des betreffenden Industriezweiges ebenso interessiert sind, wie die Unternehmer.

Lassen Sie mich zusammenfassen, indem ich sage: Ich glaube, daß das Parlament mit der Aus-

arbeitung dieses Zolltarifs ein verdienstvolles Werk im allgemeinen Interesse getan hat, und ich bitte das hohe Haus, den Zolltarif zum Gesetze werden zu lassen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat der Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)*

Stöckler: Hohes Haus! Ich möchte mit den Worten beginnen, mit denen der Herr Vizekanzler geendet hat. Auch ich glaube, daß dieser Zolltarif eigentlich keinen von den daran Interessierten befriedigt. Er ist ein Kompromiß der verschiedenartigsten Interessen. Es ist ganz selbstverständlich, daß beim Zusammenarbeiten der Volksvertretung nicht ein Interessenzweig so weit berücksichtigt werden könnte, daß er jubeln dürfte, und es würde dem Sinne der Sache widerstreben, wenn man dabei manche Interessenzweige völlig außer acht ließe. Der Sprecher der Opposition, Herr Dr. Bauer, hat diesen Zolltarif nur als Verhandlungsinstrument anerkannt und hat gemeint, daß er eigentlich gar keine andere Bedeutung haben kann. Wir gehen weiter und meinen, daß dieser Zolltarif nicht nur ein Verhandlungsinstrument ist, sondern doch auch in vielen Belangen einen Schutz bieten muß. Wir haben wiederholt gehört, daß die Produktionsbedingungen vieler und großer Industriezweige in Österreich solche sind, daß diese Industrien ohne einen Schutz gegenüber dem Ausland nicht bestehen können, und diese Gründe haben uns auch bestimmt, gegen einen Schutz der Industrie nicht prinzipiell Stellung zu nehmen. Wir Vertreter der Landwirtschaft wissen aber — und ich möchte auch da nur Worte zitieren, die der Sprecher der Sozialdemokratie geschrieben hat —, daß auch unsere Getreideproduktion gegenüber dem Ausland so erschwert ist, daß sie dessen Konkurrenz absolut nicht aushält, und darin glaube ich schon die Begründung dafür zu haben, daß dieser Zolltarif nicht bloß als Verhandlungsinstrument gelten darf.

Ich meine, auch die Nachbarstaaten würden sich keineswegs in eine solche Definition fügen; sie werden ihren Weg gehen, wenn sie auch unsere Industrie zum Teil zugrunde richten und wenn auch unsere Landwirtschaft nicht imstande ist zu produzieren. Es sind also wohl doch Schutzmittel erforderlich, um dies zu verhindern.

Ich glaube nicht auseinandersetzen zu müssen, daß gerade die Landwirtschaft es war und es ist, die in erster Linie für die Zollfreiheit eintritt. Wir haben das offen auf unsere Fahne geschrieben und wir würden den Konkurrenzkampf im Zeichen der Zollfreiheit schon aufnehmen, wenn wir auf der anderen Seite auch unsere Bedarfsartikel auf dem freien, nicht zollgeschützten Markte kaufen könnten. Aber wir sehen ebenfogut ein, daß es eine Lächerlichkeit wäre, wenn dieser kleine Staat mitten in Europa sich ein solches System zurechtlegen würde,

wo alle Nachbarstaaten davon keine Notiz nehmen und wir heute sogar sehen, daß in Staaten, die bisher die Zollfreiheit und den Freihandel hatten, sich ein Streit über Zollschutz und Freihandel entsponnen hat. Aus diesem Grunde wäre es also wohl überflüssig, darüber zu debattieren, ob wir den Freihandel oder Schutzzölle haben sollen.

Prinzipiell also stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Produktionsschutz eines der wichtigsten Momente ist, welche uns zu diesem Zolltarif geführt haben, und es ist begreiflich, daß, wenn der eine Zweig der Volkswirtschaft diesen Schutz genießt, der andere Zweig nicht ganz außer acht gelassen werden kann; die logische Folge wäre ja ein Zugrundegehen. Es hat sich nun in der Öffentlichkeit und in den ganzen Verhandlungen die Spitze insbesondere gegen die sogenannten Agrarzölle gerichtet und auch der Sprecher der Opposition hat zu seinem Hauptthema die Bekämpfung der Agrarzölle gewählt. Ich habe schon die Schutzbedürftigkeit der landwirtschaftlichen Produktion erwähnt und ich meine: Wenn man in früheren Zeiten, vor dem Kriege, wahrgenommen hat, daß kein Verständnis für diesen Schutz der Landwirtschaft vorhanden ist, so sollte doch der Krieg hier ein guter Lehrmeister gewesen sein. Ich sage offen, ich habe manches Mal daran gedacht bei diesem Kampfe um die sogenannten Agrarzölle, insbesondere dem Kampf in der Presse, wobei ich erwähnen muß, daß die große Wiener Presse hier eine sehr traurige Rolle gespielt hat. *(Sehr richtig!)* Diese Presse hat uns während des Krieges immer vorgehalten, daß die Landwirtschaft rückständig ist, daß sie nicht die nötigen Lebensmittel produziert und daß die österreichische Bevölkerung hungert; ich muß aber wohl sagen, daß die Presse und auch zum großen Teil die konsumierende Bevölkerung im Kriege nichts gelernt und alles vergessen hat. Denn wenn wir auf die beispiellose Not zurückblicken, die bei uns geherrscht hat und wenn ich mich erinnere, daß man uns im alten Parlamente vor dem Kriege geradezu lächerlich gemacht hat mit unserer Produktion, daß man uns offen im alten Parlamente bei den Ernährungsdebatten gesagt, die Landwirtschaft kommt bei uns überhaupt nicht in Betracht, und was für Anforderungen man während des Krieges an unsere Landwirtschaft gestellt hat, dann muß man wohl sagen: Wenn die Landwirtschaft in vieler Beziehung nicht folgen konnte, so haben sich wohl jene an die Brust klopfen müssen, die geradezu frivol über die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion zur Tagesordnung übergegangen sind. *(Zustimmung.)* Und darum glaube ich, daß dieser Kampf in der Öffentlichkeit ein schädlicher war. Er war deshalb ein schädlicher, weil man der Bevölkerung Sand in die Augen streute, anstatt daß man sie eindringlich aufmerksam machte auf die schweren Zeiten,

die wir hinter uns haben. Und ich frage Sie, ist die Gefahr in der Zukunft kleiner oder ist sie größer wie in der Vergangenheit? Mit einem Weltkrieg haben viele Kreise gar nicht gerechnet und der Großstaat Österreich, glaubte man, wird sich gegen vieles schützen können. Nun, was wird es sein mit dem kleinen Eiland, mit dem kleinen Österreich? Brauchen wir einen Weltkrieg, daß wir abgesperrt sind? Die geringsten Verwirrungen, wo wir gar nichts dabei zu tun haben, bewirken, daß wir kein Getreide und kein Fleisch oder zumindest zu wenig bekommen können, und diese Tatsache, glaube ich, müssen wir der Bevölkerung vor Augen führen, wenn wir ehrlich sein wollen. Wir müssen ihr vor Augen führen, daß es für Österreich ein Gebot der Notwendigkeit und Selbsterhaltung ist, wenn wir unsere Landwirtschaft schützen und produktionsfähig erhalten. *(Zustimmung.)*

Herr Dr. Bauer hat betreffend den Getreidezoll erklärt, er wäre ein unbedingter Gegner. Ich glaube, daß diese Gegnerschaft aber keine solche ist, daß er die Notwendigkeit des Schutzes nicht anerkennt. Es ist richtig, Herr Dr. Bauer war es, der das Getreidemonopol vorgeschlagen hat, Dr. Bauer war es, der publizistisch die Idee der gleitenden Getreidezölle ausführlich behandelt hat. Ich habe dabei immer den Eindruck gehabt, daß er volles Verständnis dafür hat, daß man etwas finden müsse, um auch unseren Getreidebau zu schützen. Diesen Eindruck hatte ich. Und ich sage offen, die Landwirtschaft hat bei Annahme der gleitenden Getreidezölle ein großes Opfer gebracht. Das Opfer besteht darin, daß wir keinen Schutz haben bei höheren Preisen und wir nicht wissen, wie sich die ganze Produktionspolitik gestaltet. Wir können in Verhältnisse kommen, wo die Preise sozusagen höher erscheinen, wo aber unsere Produktionskosten noch bedeutend mehr steigen. Wir haben also ein großes Opfer gebracht, daß wir den gleitenden Zöllen nähergetreten sind und einen starren Zoll abgelehnt haben. Wir haben das deshalb getan, um auch dem Konsum hier entgegenzukommen, und damit es nicht heiße, wir hätten bei den höchsten Preisen noch einen Zoll. Andererseits bestand auch für uns ein Anreiz darin, daß wir bei niedrigeren Preisen einen höheren Schutz haben. Es wäre wünschenswert, das noch weiter auszubauen und wenn das nötige Verständnis in der Bevölkerung vorhanden ist und wenn irgendwie solche Preis-katastrophen eintreten, wird es vielleicht dann dadurch möglich werden, diese gleitenden Zölle in dem Sinne auszubauen, daß damit ein wirklicher Schutz des heimischen Getreidebaues erreicht wird.

Was Dr. Bauer betreffend die technische Durchführung gesagt hat, glaube ich, daß hier nur eine Meinungsverschiedenheit ist, insbesondere betreffend die Notierung auf der Wiener Börse. Ich kann mich auch erinnern, daß wiederholt jugoslawisches und

ungarisches Getreide genannt wurde und deshalb glaube ich, hat das auch der Herr Berichterstatter in seinen Bericht hineingenommen. Aber es besteht gar kein Hindernis, daß wir die Preise des kontinentalen Getreides an der Wiener Börse zur Preisnotierung heranziehen. Was die Notierung der anderen Börsen anbelangt, so glaube ich — ich habe wenigstens den Eindruck gehabt —, daß uns die Experten hierüber kein klares Urteil gegeben haben, mindestens aber kein solches, daß man annehmen könnte, eine klaglose Durchführung wäre gewährleistet, wenn wir die Notierung auch von anderen Börsen als der Wiener Börse nehmen würden. Den Eindruck hat es auf mich nicht gemacht, daß die Durchführung klagloser wäre und ich habe auch gemeint, daß die Opposition aus dieser Fachberatung durchaus nicht die Erkenntnis zieht, daß die Notierung anderer Börsen die Sache klagloser gestalten würde. Sicher ist das Ganze ein Versuch und wir haben den Ausweg gefunden, die technische Durchführung einer Verordnung zu überlassen, so daß es der Regierung sehr leicht möglich ist, mit Zustimmung des Hauptausschusses eine solche Verordnung abzuändern, falls sich die Durchführung als nicht praktisch und richtig erweist. Ich glaube hier dürfte es keinen Streitpunkt geben.

Nicht der gleichen Ansicht bin ich mit Herrn Dr. Bauer bezüglich der Spannung zwischen Getreide und Mehl. Ich bin da der gegenteiligen Ansicht. Die Dreikronenspannung scheint mir so gering zu sein, daß wir keineswegs davor geschützt sind, daß nicht lauter Mehl oder wenigstens weit mehr Mehl als Getreide eingeführt wird. Das berührt nicht nur ein Interesse des Märlergewerbes — schließlich ist es ja keine Sünde, wenn man auch dieses im Auge behält, weil diese Industrie heute viele Arbeiter beschäftigt und in den letzten Jahren in Österreich ziemlich ausgebaut wurde —, aber es wäre auch eine allgemeine Schädigung der Volkswirtschaft und insbesondere der Landwirtschaft, weil uns dann die Futtermittel vollständig entzogen würden. *(Sehr richtig!)* Wir haben schon in den letzten paar Jahren abnormale Preise für Kleie gehabt, die in gar keinem Verhältnis zu den Getreidepreisen standen. Das hat weiten Gebieten, besonders gerade den Alpenbauern, denen der Herr Dr. Bauer das Wort gesprochen hat, die Futtermittel sehr verteuert, denn der Alpenbauer benötigt diese Futtermittel, die eingeführt werden, am allermeisten. Es wäre daher ein Gebot der Notwendigkeit, die Mehleinfuhr möglichst zu unterbinden, was für den Konsum gar keinen Nachteil brächte, und nur zu trachten, daß Getreide eingeführt wird. Wenn ich annehme, daß 150 Kilogramm Getreide vermahlen werden müssen, um 100 Kilogramm Mehl zu erhalten, so bedeuten diese 3 K eigentlich gar keine Spannung. Nicht aus Profitgier für die

sogenannten Agrarier, sondern um eine Schädigung der Volkswirtschaft zu vermeiden, hätten wir hier eine höhere Spannung einführen sollen.

Herr Dr. Bauer hat sich wieder sehr über den Schlachtviehzoll verbreitet und behauptet, daß er der Landwirtschaft fast gar nichts nütze und zudem den Konsumenten das Fleisch sehr verteuere. Da haben wir natürlich auch andere Argumente als Herr Dr. Bauer. Er hat von uns wiederholt gehört, daß wir in erster Linie trachten müssen, unser Schlachtvieh zu entsprechenden Preisen zu verkaufen, damit der Viehzüchter dann den Vorteil hat, daß er wieder sein Nutzvieh leichter anbringen kann. Das zeigt ja auch die Praxis, wenn der Flachlandbauer nicht als Viehkäufer auftritt. Der wichtigste Faktor in unserem Alpenland fehlt, welcher die Viehpreise reguliert. Auf das Ausland können wir nicht immer rechnen. Das sehen wir gerade im heurigen Jahre, wo die Deutschen, die sonst immer als Käufer unseres Zuchtviehs aufgetreten sind, fast gar nicht in Betracht kommen. Die Viehzüchter haben also ein großes Interesse daran, wie sich die Viehpreise bewegen und wenn man einen Viehmarkt im Alpenlande besucht, so ist sehr stark der Wiener Preis am Schlachtviehmarkte für den Viehverkehr auf diesen Märkten maßgebend. Für unsere Milchproduktion wäre es aber ein besonderer Anreiz, wenn der Schlachtviehpreis ein entsprechender ist, und bei dieser Frage hat sich Herr Dr. Bauer sehr schlaun hinausgewunden. Er hat gesagt, daß der Milchpreis von der Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter abhängt. Das ist nicht nur beim Milchpreis, das ist auch bei anderen Lebensmitteln der Fall, aber wir hören immer, daß der Milchpreis viel zu hoch ist, daß er in gar keinem Verhältnisse steht, daß die armen Kinder so wenig Milch bekommen usw. Es ist richtig, daß die Konsumenten, wenn der Milchpreis hoch ist, ganz bedeutend darunter leiden, weil sich die Leute faktisch einschränken müssen; das haben wir ja die ganze Zeit her verspürt. Nun ist aber ein Hauptfaktor nicht ein Nebenfaktor bei der Erstellung des Milchpreises, wie man das Abmelkvieh verkauft. Auch für denjenigen, der nicht direkt Abmelkwirtschaft betreibt, sondern sogar zum Teil weiterzüchtet, ist es ein Hauptfaktor, wenn er sich Ruhe einstellen soll, wie er das Schlachtvieh verkauft, und ich habe schon von hervorragenden Wirtschaftspolitikern der sozialdemokratischen Partei, die größere Wirtschaftsbetriebe geführt haben, gehört, daß sie sich von der Milchwirtschaft haben ganz entfernen müssen, weil sie einfach wegen des niedrigen Schlachtviehpreises das Milchvieh nicht mehr kaufen konnten. Also hier — glaube ich — schädigen wir uns selbst am meisten, wenn wir das Schlachtvieh nicht im Preise schützen, weil dieser Schutz den anderen Konsumartikeln im Preise zugute kommt.

Was den Fettzoll anbelangt, so glaube ich, ist er ziemlich weit herabgesetzt und eigentlich in keinem rechten Verhältnisse zu den anderen Zöllen. Er hat aber sicherlich auch eine indirekte Bedeutung, und zwar eine ganz hervorragende für die Schweinezucht überhaupt. Es wurde uns vor dem Kriege zum Vorwurfe gemacht, daß unsere Schweinezucht und Schweinemast weitaus nicht so vorgeschritten ist wie in Deutschland, wo sich jeder Bahnwächter sein Schwein füttert, und es ist richtig, daß dort die Schweinezucht und Schweinemast einen weit größeren Umfang angenommen haben. Daraus geht hervor, daß wir auch im Inlande viel mehr Schweinemast betreiben könnten, wenn wir den nötigen Erlös dafür fänden, und ich betone noch einmal, daß deshalb der Fettzoll auch für die ganze Schweineproduktion eine große Bedeutung hat.

Was den Zementzoll anbelangt, so ist er die ganze Zeit her immer das Streitobjekt gewesen und ich meine, es wird gar zu viel Aufhebens damit gemacht, weil er nicht jene Bedeutung hat, wie überall, nicht nur in den Kreisen der Sozialdemokraten, sondern auch in anderen Kreisen in agitatorischer Weise ausgebeutet wird. Es kommt mir manchmal geradezu lächerlich vor, wie alles wegen des Zementzolles aufgepeitscht wird. Die Landwirtschaft hat ein großes Interesse daran, daß der Zement billig ist. Wir haben aber im Krieg auch traurige Erfahrungen mit dem ausländischen Zement gemacht, der vollständig durchlässig war, und viele Landwirte wurden durch den ausländischen Zement so sehr abgeschreckt, daß sie schwer zu bewegen waren, Zementbauten auszuführen, weil der ausländische Zement ein vollständiges Schundprodukt war; speziell der polnische Zement hat sich gar nicht bewährt und es ist sehr die Frage, ob unser gutes Fabrikat nicht doch eines Schutzes bedürftig ist.

Ich habe mir erlaubt, mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Dr. Bauer unseren Standpunkt zu präzisieren. Ich möchte betonen, daß es meiner Ansicht nach in bezug auf die Agrarzölle nicht richtig ist, wenn man hinausposaunt, daß sie eine große Teuerung hervorrufen werden. Herr Dr. Bauer hat sich da selbst in einen Zwiespalt begeben, wenn er zum Schluß ausführte, daß die Bilanz der Landwirtschaft beim ganzen Zolltarif eigentlich keine besondere sein werde. Ich stimme ihm da vollständig zu. Herr Dr. Bauer, Sie haben vollständig recht, unsere Bilanz ist keine besondere, wir haben nicht gut abgeschnitten, wir können uns nicht damit brüsten, aber es ist ein Kompromiß und wir mußten den Konsumenten hier entgegenkommen. Selbst diese niedrigen Sätze wurden von der sozialdemokratischen Partei nicht akzeptiert. Ich meine auch, daß es, was die Publizistik anlangt, wie auch schon der Herr Vizkanzler ausgeführt hat, nicht richtig ist, daß man die Leute unter Hinweis

auf den Zolltarif förmlich zu Preiserhöhungen aufordert. Die Sätze sind doch eine Lächerlichkeit. Betrachten wir beispielsweise den Weizen Zoll. Der Preis des Weizens beträgt 3800 K, der Zoll 288 K. Da kann doch niemand von einer Preiserhöhung sprechen, zumal ja auf dem Markt die Differenzen bedeutend größere sind. Am Samstag hat mich jemand in der Sorge, daß die Landwirtschaft keinen Schutz finde, telephonisch angerufen und mir die Notierungen des Wiener Marktes mitgeteilt. Die Differenzen zwischen den Notierungen in inländischer, ungarischer und jugoslawischer Ware waren weit höher, als der ganze Zoll beträgt. Der Zoll kann also doch nicht von so großer Bedeutung für den Markt sein. Das gleiche gilt für den Viehzoll — diese famosen 5 K! Der Viehpreis beträgt 12.000 bis 16.000 K, der Zoll 700 K. Dieser Zoll, hohes Haus, kann doch absolut nicht eine solche Verteuerung hervorrufen. Ich meine aber, daß die Agitation es bewirkt, daß mancher Versuch gemacht wird, hier Mißbrauch zu treiben. Wir konnten die ganze Zeit her konstatieren, daß nicht immer die Steigerung des Getreidepreises eine Erhöhung des Brotpreises und nicht immer die Steigerung des Viehpreises eine Erhöhung des Fleischpreises zur Folge hatte. Ich sage ganz offen: Wenn man am Wiener Markt etwas Ordnung schaffte, so würde der Konsum viel mehr davon haben. Es ist bekannt, daß der Wiener Markt für den Kapitalschwächeren, der nicht jede Woche eine große Anzahl von Auftriebsstücken hat, geradezu gefürchtet ist, weil dort die Schwankungen derartige sind, daß einer, der nur manchmal kommt, meist mit einem blauen Auge, wie man sagt, weggehen muß. Er kommt dann nicht wieder und man hat eine große Konkurrenz weggeschafft. Es ließe sich mit der Regulierung des Viehauftriebs auf dem Wiener Markt — gewiß keine leichte Sache, ich gebe es zu — dem Konsumenten viel mehr nutzen, als er durch einen Zoll geschädigt wird.

Ich glaube also, daß wir doch eine gewisse Befriedigung haben können, daß dieses große Werk heute verhandlungsfähig ist. Das österreichische Parlament hat den Beweis erbracht, daß es arbeitsfähig ist und auch über schwierige Probleme hinwegkommt. Ich sage noch einmal: Es wird keine Partei besonders befriedigt sein. Wenn es die Industrie ist, so ist ihr zu gratulieren. Es wurde uns immer vorgesagt, daß die Arbeiterschaft einen großen Vorteil hat, wenn die Industrie prosperiert. Wir haben auch gesehen, daß während des Krieges die Sozialdemokratie niemals für die Industrie Höchstpreise verlangt hat. Das ist doch ein Beweis dafür, daß sie eingesehen hat: wenn die Industrie verdient, können die Arbeiter leben. Diesen Standpunkt haben Sie bei der Landwirtschaft wohl nie eingenommen, dort haben Sie meist den gegenteiligen Standpunkt

bezogen. Es ist aber da ganz das gleiche Verhältnis. Auch der Landwirt kann seine Arbeiter nicht bezahlen, wenn er nicht genügend Einnahmen hat. Deshalb glaube ich, daß das Verhältnis doch wieder, wenigstens zum Teil, hergestellt werden muß und daß alle beteiligten Kreise ein Interesse daran haben. Wir sind in dieser Zeit ein Land, dem das Ausland sicher mehr Schaden kann als einem Großstaat, der vielleicht über Wasserstraßen verfügt. Es ist sicher, daß wir viel abhängiger sind und eines großen Schutzes bedürfen. Ähnliches gilt ja auch für unsere Industrie, und wenn in dieser Beziehung auch schon sehr viel geschimpft wurde, so stimme ich auch da nicht ein, unsere Industrie tut gewiß ihr Äußerstes. Auch über unsere Landwirtschaft ist schon oft der Stab gebrochen worden, aber es ist sicher, daß auf beiden Seiten unsere Produktionsverhältnisse nicht so günstig sind, wie oft in anderen Staaten. Der Zolltarif soll nun den Zweck erfüllen, daß er uns einen gewissen Schutz gewährt, daß er nicht nur als Verhandlungsinstrument dient, sondern daß durch ihn auch jene Zweige, die sonst nicht existieren könnten, eine Existenz in unserem Vaterland finden. Wenn es uns gelingt, daß der Zolltarif diese Wirkungen hervorbringt, so können wir, glaube ich, zufrieden sein. Stellt sich aber ein Mangel heraus, so hat das Parlament immer die Macht, eine entsprechende Abänderung zu treffen und das hoffen wir auch für die Landwirtschaft. Wenn es sich erweist, daß diese Zollsätze nicht entsprechen, um einen Schutz für unsere Produktion zu gewährleisten, so wird sich gewiß das Parlament aufrufen und den Zoll in entsprechender Weise reformieren. Wir haben ja alle ein gleiches Interesse: wenn wir, wie Herr Dr. Bauer richtig sagt, einen großen Teil von lebenswichtigen Artikeln aus dem Ausland einführen müssen, so haben wir doch alle das Interesse, daß eine Vermehrung der Produktion gerade bei diesen Artikeln im Inlande vor sich geht. Herr Dr. Bauer hat anerkannt, daß die Landwirtschaft in vielen Belangen heute schon eine bedeutende Steigerung ihrer Erträge aufweist. Das kann sie aber nur dann erreichen, wenn sie wenigstens zu einem Teil — denn vollständig werden wir es nie erreichen — davor geschützt ist, daß die Produktionskosten ihrer Erzeugnisse in dem Verkaufspreis keine Deckung mehr finden. Es ist auch nicht richtig, daß von der Preiserstellung nur einzelne, nur einige größere Landwirte oder nur die Landwirte im Flachland einen Nutzen haben. Nein, jeder, auch der kleinste Landwirt, der nur ein Schwein oder eine Kuh oder fünf Meterzentner Getreide zu verkaufen hat, hat das Interesse, daß er so viel Erlös hat, daß er seine Produktion weiterführen kann. Deshalb glaube ich, daß die Majorität des Parlaments auf dem richtigen Wege ist, wenn sie allen Zweigen unserer Volkswirtschaft einen Schutz angedeihen läßt. Hoffen wir,

daß der Zolltarif ein neuer Baustein wird zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes, den wir alle vom ganzen Herzen wünschen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Dr. Sampel: Hohes Haus! Der Herr Abg. Dr. Bauer hat von einem Rausch des Sieges gesprochen, in dem sich heute die Mitglieder der bürgerlichen Parteien dieses hohen Hauses befinden. Ich muß für meine Partei die Erklärung abgeben, daß wir von einem solchen Rausch bis zur Stunde verflucht wenig spüren; denn meine Partei, die schon durch die Struktur ihres Aufbaues von Haus aus freihändlerisch eingestellt ist, hat sich, wie ich ehrlich bekennen muß, nur schwer mit einem Zolltarif überhaupt befreunden können. Wenn wir schließlich unsere Zustimmung zur Einbringung und Verabschiedung des Zolltarifs gegeben haben, so hat uns dazu die eiserne Notwendigkeit verhalten. Die Prohibitivsysteme unserer Nachbarstaaten und auch des übrigen Auslandes, die sich vielfach bis zum Dumping entwickelt haben, haben unsere freihändlerische Gesinnung zunichte gemacht. Denn was hätte es uns genützt, wenn wir nach außen hin immer wieder den Willen kundgegeben hätten, für uns den Freihandel festzulegen, wenn die Zollmauern der fremden Staaten immer weiter bestanden hätten! Andererseits sahen wir in den letzten Monaten die Industriekrise beängstigend vorwärtsschreiten. Die Industrie fand infolge des wahnsinnigen Kapitalzinses, der auf manchen Gebieten sicherlich übermäßigen Besteuerung und infolge der Erscheinungen unseres Finanzlebens immer mehr Hemmnisse ihrer Produktion. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit, wie wir es seit Jahren vor uns sehen, grinst durch die Tore unserer Wirtschaft herein. So mußten wir als Partei einerseits wohl jedes System der Hochschutzzölle ablehnen, andererseits aber doch uns für einen mäßigen Schutzzoll dort aussprechen, wo er unbedingt vonnöten ist. Wir durften uns hierbei nicht von einem kleinen Kreis rein händlerisch eingestellter Elemente abbringen lassen, die aus Österreich einen reinen Händlerstaat machen wollen, wir durften leider auch auf die Interessen der konsumierenden Bevölkerung allein nicht Rücksicht nehmen, da ja der Zolltarif schließlich und endlich in erster Linie ein Aufblühen unserer Produktion zum Ziele hat und ein Großteil der Bevölkerung, wohl die überwiegende Mehrheit, mit der Produktion unmittelbar oder mittelbar in Verbindung steht.

Wenn ich wegen der Auswirkungen dieses Zolltarifs mit einer gewissen Beforgnis für manche Kreise unserer Bevölkerung in die Zukunft sehe, so sind dies wohl in erster Linie die öffentlichen Angestellten, die Pensionisten und Rentner. Selbst dem Arbeiter kann ich das nicht von Haus aus zugestehen, weil ja der Arbeiter nicht nur Konsument, sondern auch Produzent ist und weil er mit der Produktion

in seiner ganzen Existenz so unmittelbar verknüpft ist, daß eine Hebung der heimischen Produktion sicherlich auch für unsere Arbeiterklasse von weitestgehender Bedeutung ist.

Für unsere Partei kam deshalb von allem Anfang an nur ein Zolltarif der mittleren Linie, ein Zolltarif des mäßigen Schutzes für unsere gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Betracht. Wenn die sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit die Behauptung aufgestellt hat, daß sie allein es durchsetzte, daß so manche Verbesserungen am Zolltarif durchgeführt wurden, so muß ich diese Behauptung als einen Irrtum hinstellen. Denn auch wir haben uns — das möchte ich nur an einigen Positionen hervorheben und zum Beispiel auf die Leder-, Ziegel-, Erdöl-, Fett- und Viehzölle hinweisen —, auch wir haben uns natürlich bemüht, den Zolltarif, wie ihn die Regierung vorlegte, nicht als Ganzes zu übernehmen, sondern dort Kritik zu üben, wo eben die Kritik am Platze war. Und wenn wir auch diese Kritik nicht immer in der Öffentlichkeit des Ausschusses vornahmen, so haben wir, wie es eben im Rahmen einer Koalition üblich ist, mit der Regierung eingehend unterhandelt, und wenn dann im Wege des Kompromisses schließlich die Positionen festgelegt wurden, die uns heute im Regierungsentwurfe vorliegen, so muß ich schon einen Teil dieser Arbeit auch für uns in Anspruch nehmen.

Der vorliegende Zolltarif hat vor allem zwei Aufgaben zu erfüllen. Erstens hat er den heimischen Erzeugnissen die Möglichkeit der Ausfuhr zu schaffen und daher auch den Unterhändlern Abwehrwaffen für die Verhandlungen in die Hand zu geben, zweitens hat er den heimischen Produkten soweit als möglich auch einen Schutz gegenüber dem ausländischen Wettbewerb zu sichern, der schließlich die Arbeit in der Heimat selbst unrentabel machen kann. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, haben wir nicht nur den gewerblich-industriellen Produktionszweigen, sondern auch der Landwirtschaft einen Schutz für ihre Erzeugnisse von Haus aus zugestimmt. Denn als Angehöriger einer Partei, die für die Volksgemeinschaft eintritt, muß ich erklären, daß die Landwirtschaft, die ja heute wieder unter den schwierigsten Produktionsverhältnissen arbeitet, den Friedensertrag noch bei weitem nicht erreicht hat, daß heute die Verschuldung besonders der kleinen und mittleren Bauern bereits wieder an der Tagesordnung ist und daß bei der drückenden Kapitalnot jede Investitionstätigkeit in landwirtschaftlichen Betrieben, besonders für die kleinen Bauern, nahezu ausgeschlossen ist.

Der Schutzzoll auf Getreide soll aber auch einen erzieherischen Faktor darstellen, indem er unsere Landwirtschaft aneiert, die möglichste Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sich zum höchsten

Ziel zu setzen und zur Ehrenaufgabe im Interesse unserer Volkswirtschaft zu machen. Denn die passive Handelsbilanz, die wir heute beklagen müssen, ist ja nur durch die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion einerseits und durch die Förderung unserer Exportindustrie andererseits, wenn schon nicht zu beseitigen, so doch auf das Mindestmaß einzuschränken.

Wenn ich nun ganz kurz nur auf einige Zollpositionen zurückkommen soll, so möchte ich vor allem über die so vielfach umstrittenen Agrarzölle ein Wort sagen. Wir haben uns, als der Plan der gleitenden Getreidezölle auftauchte, für diesen gleitenden Getreidezoll entschieden, obwohl er für uns kein Ideal darstellt und wir fürchten, daß sich bei seiner Durchführung — wir haben ja im Ausschuß darüber des langen und breiten verhandelt — manche technische Schwierigkeiten ergeben werden, die wir heute noch gar nicht übersehen können. Wir haben aber trotzdem den gleitenden Getreidezoll als ein Mittel betrachtet, mit dem notwendigen Schutz der Landwirtschaft doch auch die Interessen der konsumierenden Bevölkerung Österreichs wenigstens in einen gewissen Einklang zu bringen, und wir haben diesen gleitenden Getreidezoll auch als ein Mittel angesehen, die Spekulation gewisser Kreise auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Man hat in verschiedenen Zeitungen in den letzten Tagen gegen die Regierungsparteien besonders wegen des Mehlsolles geschrieben. Ich muß für meine Partei erklären, daß wir an der Einfuhr von Mehl gar kein Interesse haben, genau so wie wir wenig Interesse an der Einfuhr von Fleisch haben, weil wir vielmehr aus volkswirtschaftlichen Gründen der Getreideeinfuhr und der Einfuhr von Lebendvieh das Wort sprechen müssen, da ja die Abfallprodukte für Futterzwecke, beziehungsweise für industrielle Verarbeitung volkswirtschaftlich von großer Bedeutung sind und dies außerdem auch im Interesse der konsumierenden Bevölkerung gelegen erscheint. Daß durch den Mehlsoll auch noch die Mühlenindustrie mit ihren vielen Arbeitern geschützt wird, möchte ich nur nebenbei erwähnen.

Aber auch über die Baumaterialienzölle muß ich von dieser Stelle aus ein Wort verlieren, weil gerade meine Partei in der letzten Zeit wegen der Zustimmung zu diesen Zöllen vielfach angegriffen wurde. Bei Beurteilung dieser Frage mußte sich natürlich auch unsere Partei von dem Grundsatz leiten lassen, daß jede Verteuerung der Baumaterialien bei der bestehenden Wohnungsnot soweit als möglich vermieden werden müsse. Wir konnten aber diesen Gedanken nicht zu Ende führen, weil wir auf der anderen Seite eine schwer daniederliegende Industrie sahen, in der es ja letzten Endes wieder Tausende von Arbeitslosen gegeben hätte, wenn wir ihr den notwendigen Schutz nicht zugestanden hätten. Zement ist ja, wie wir alle wissen,

in den letzten Jahren, insbesondere nach dem Zusammenbruch, aus Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei eingeführt worden, Kalk ebenfalls aus diesen Ländern, während Ungarn in der letzten Zeit ziemlich viel Ziegel nach Österreich brachte. Die wichtigsten Baumaterialien sind sicherlich Zement und Ziegel. Unsere Zementindustrie ist imstande, jährlich zirka 75.000 Waggons Zement zu liefern; aber die geringe Bautätigkeit der letzten Jahre hatte zur Folge, daß diese Kapazität niemals ausgenutzt wurde und daß wir in Österreich im verflossenen Jahr überhaupt nur zirka 32.000 Waggons bezogen haben, von denen noch über 8000 Waggons aus dem Ausland eingeführt wurden. Über die Qualität dieses ausländischen Zements hat ja der Herr Abg. Stödler bereits Mitteilungen gemacht und es fällt gerade mit der Erklärung dieses agrarischen Vertreters der Vorwurf weg, daß die Landwirtschaft an einer Zollfreiheit dieser Baumaterialien besonders interessiert wäre. Wir haben natürlich auch parteimäßig Berechnungen darüber eingeholt, inwieweit der Bau der Häuser für Wien, worum es sich ja besonders gehandelt hat, durch den Zementzoll verteuert wird, und der Prozentsatz, der uns da gerade aus Kreisen der Baumeister mitgeteilt wurde, war ein so geringer, daß man wohl von einer nennenswerten Verteuerung des Häuserbaues nicht sprechen kann, während man auf der anderen Seite feststellen mußte, daß ohne Schutz Zoll auf Baumaterialien diese Industrien in der kürzesten Zeit lahmgelegt worden wären. Ganz anders verhält sich die Sache natürlich mit dem Ziegel. Von einer Gefährdung der Existenz dieses Industriezweiges kann nicht gesprochen werden, wenn man die Hochwertigkeit der Erzeugnisse unserer heimischen Industrie, beispielsweise der Wienerberger Werke, ins Kalkül zieht. Die Ziegel nehmen auch einen weit größeren Anteil der Baukosten eines Hauses in Anspruch, als dies beim Zement oder Kalk der Fall ist, und eine Erhöhung des Ziegelsolles hätte sicherlich — und hier bin ich ganz der Meinung der Herren von der Opposition — den Bau der Häuser in der Großstadt nennenswert verteuert. Wir haben uns deshalb im Zollausschuß entschlossen, den angelegten Zoll von 0.16 Goldheller pro 100 Kilogramm um die Hälfte zu ermäßigen, und wenn über Vorschlag der Opposition ein Zollsatz von 0.06 Goldheller zugestanden wurde, so ist der im Regierungsentwurf aufgestellte Zollsatz von 0.08 Goldheller tatsächlich ein so geringer, daß man wohl von einer bestehenden Differenz zwischen den Ansätzen der Opposition und dem Regierungsvorschlag kaum sprechen kann.

Ähnlich hat es sich auch bei den übrigen Zollpositionen verhalten. Wir waren parteimäßig bemüht, überall das Gleichgewicht herzustellen und die Notwendigkeit des Schutzes unserer Industrie und Landwirtschaft mit den Forderungen der

konsumierenden Bevölkerung in Einklang zu bringen. Daß man natürlich nicht beiden Teilen in gleicher Weise entsprechen kann, ist heute in diesem hohen Hause schon mehrmals ausgeführt worden.

Der vorliegende Zolltarif, für den meine Partei stimmen wird, hat sicherlich für unsere Produktion ungemein viel zu bedeuten. Er ist ein erster und wichtiger Schritt auf dem Gebiete der Hebung unserer heimischen Produktion, er ist aber nicht der zweite und letzte. Es wird noch ungemein viel in der nächsten Zeit geschehen müssen. Vor allem werden sich Regierung und Nationalrat mit den Fragen unseres Geldwesens, wie der übermäßigen Belastung durch den wahnsinnigen Kapitalszins, und mit anderen Fragen, die eine Hemmung unserer Produktion bedeuten, beschäftigen müssen. Die Völkerbunddelegierten, die derzeit in Wien weilen und von denen auch der Herr Abg. Dr. Bauer gesprochen hat, dürften bei ihren Kontrollmaßnahmen sicherlich den Eindruck gewinnen, daß das deutschösterreichische Volk gewillt ist, zu arbeiten. Sie sollte aber auch den Eindruck haben, daß diese Bevölkerung dieser Arbeit nur froh werden kann, wenn endlich einmal die letzten Fesseln, die uns leider der Staatsvertrag von Saint-Germain auferlegt hat, von ihr genommen werden, und als eine der letzten und schwersten Fesseln betrachten wir die Behinderung des primitivsten Rechtes eines Volkes, des Selbstbestimmungsrechtes. Meint es der Völkerbund nun, wo man bereits überall draußen von einem Kommen des wahren Friedens zu sprechen anhebt, wirklich ernst mit diesem wahren Frieden der Völker, dann wird er uns in Bälde gestatten müssen, dieses kleine Deutschösterreich, das wirklich in den letzten Jahren Beweise seiner Arbeitslust gegeben hat, anzuschließen an das große, für uns einzig und allein in Betracht kommende deutsche Wirtschaftsgebiet. Dann, glaube ich, wird die Sanierung eine endgültige und eine dauernde sein. *(Lebhafter Beifall.)*

Dr. **Schönbauer**: Die Präsidentenkonferenz der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften hat sich vor einiger Zeit eingehend mit dem Zolltarif beschäftigt und dabei zwei Gesichtspunkte aufgestellt, die meines Erachtens für jede Betrachtung maßgebend sein müssen. Die erste Frage ist die: Ist der Zolltarif geeignet, produktionsfördernd zu wirken, indem er der Landwirtschaft jenen Schutz verleiht, den sie unbedingt braucht? Und die zweite Frage ist die: Bildet der Vertragstarif ein richtiges Instrument, um im Wege von Handelsvertragsverhandlungen für die heimische Produktion sowohl industrieller, wie landwirtschaftlicher Natur Vorteile zu erringen? Wenn wir uns nun diese Fragen bei Besprechung des Zolltarifs vor Augen halten, so müssen wir auf beide Fragen mit einem ganz entschiedenen „Nein“ antworten. Daraus ergibt sich auch schon die Stellung, die die Abgeordneten des Landbundes

zum Zolltarif einnehmen. Sie können nicht anders, als diesen Zolltarif ablehnen.

Zur Begründung will ich nur einiges anführen. Unserer Überzeugung nach wäre es für die Landwirtschaft das Beste, wenn in diesem Staate ein vollkommener Freihandel herrschen würde. Wir sind aber ebenso davon überzeugt, daß nicht Deutschösterreich allein in Mitteleuropa den Freihandel einführen kann. Wenn aber vom Freihandel abgegangen wird und Industriezölle eingeführt werden, dann müssen wir fordern, daß eine gewisse Relation zwischen dem Schutz der Industrie und dem der Landwirtschaft eingehalten wird. Diesem richtigen Verhältnis zwischen den beiden Zollgruppen ist aber in dem vorliegenden Tarif in keiner Weise entsprochen. Die autonome Gesamtbelastung der Acker- und Forstfläche durch den Industriezoll stellt sich nach einer sehr vorsichtigen Berechnung der landwirtschaftlichen Körperschaften auf 495 Milliarden. Demgegenüber steht eine Gesamtbelastung aller Nichtselbstversorger, wenn wir diese mit 4,360.000 Köpfe annehmen, von 353 Milliarden. Aus diesen Zahlen ersehen sie schon, daß die Landwirtschaft in keiner Weise gefördert ist.

Einige Beispiele aus den industriellen und landwirtschaftlichen Positionen sollen dies nun erläutern. Bei den Zutesäcken zum Beispiel, Tarifpost 169 a, die für die bäuerliche Wirtschaft einen wichtigen Bedarfsartikel darstellen, wird der Zoll von 1500 K pro Stück auf 3600 K erhöht. Auch alte Säcke sind da inbegriffen. Bei Rogen, Post 179, geht die Erhöhung von 2900 auf 7200 K, bei Zankern von 11 auf 32 Goldkronen, bei besseren Zankern von 20 auf 68 Goldkronen, während nach dem früheren Zolltarif imprägnierte Planchenstoffe frei waren. Bei Zement, Position 339, wird die Zollbelastung für 1000 Kilogramm rund 100.000 K betragen, bei Ziegel soll der Zoll von 20.000 auf 77.000 K für 1000 Ziegel steigen. Bei jenen Gruppen von Baumwollgeweben, Leinengeweben und dergleichen, die besonders für den landwirtschaftlichen Haushalt eine Rolle spielen, soll der Zoll bedeutend erhöht werden, bei Barchent, zum Beispiel, weiß oder geblümt, bei Bettfanevas oder bei Reibsegen soll der Zoll auf das zwei- bis zweieinhalbfache erhöht werden. Bei Strohsackzwilch betragen die Erzeugungskosten rund 1700 K pro Meter, der Zoll ist mit 7000 K angesetzt. Ein Hemd aus Wollino hat bis jetzt eine Zollbelastung von 14.300 K, die Zollbelastung wäre künftighin 25.000 K. Ganz unverständlich vom Standpunkte der Landwirtschaft ist zum Beispiel die Position 439 c, die Milchseparatoren. Bei den Milchseparatoren ist ein Zoll von 40 Goldkronen für 100 Kilogramm statt früher 10 K beibehalten worden. Nun ist aber

jedem Landwirte bekannt, daß wir im Inland keine einzige gute Marke von solchen Separatoren haben, so daß die Alpha-Separatoren für jeden Landwirt unentbehrlich sind, aber trotzdem ist dieser hohe Zoll belassen worden. Ganz entschiedenen Einspruch müssen wir vom Standpunkt der Landwirtschaft auch gegen eine andere Position, nämlich Fensterglas, 320b, erheben. Hier ist folgendes merkwürdig. Der Fensterglaszoll war bis jetzt im einzelnen abgestuft, je nachdem es sich um Glas von der Größe 2×70 oder um größeres gehandelt hat. Die Bauernhäuser haben bekanntlich durchwegs kleine Fensterscheiben und für dieses Glas war bis jetzt ein etwas geringerer Zoll, als für große Fensterscheiben, wie sie in der Großstadt und besonders in Luxushäusern verwendet werden. Diese verschiedene Behandlung des billigen und kleinen Fensterglases gegenüber dem Luxusfensterglas ist nun gefallen. Pro Quadratmeter ist bis jetzt für ein Bauernhausglas der Zoll 6000 K, künftighin wird er 14.688 K betragen. Bei den großen Fenstergläsern war er aber schon 7800 K und wird künftighin, wie bei dem Bauernhausglas, auch nur 14.688 K ausmachen. Mithin können wir feststellen, daß die Industriezollbelastung der Landwirtschaft eine unverhältnismäßig große ist und in keinem Verhältnis zu dem Landwirtschaftsschutz steht, daß mithin eine Hauptforderung aller landwirtschaftlichen Körperschaften ohne Unterschied der Partei in keiner Weise erfüllt worden ist.

Daß diese Relation eine ganz ungerechte ist, ersieht man aus den Ansätzen bei den landwirtschaftlichen Produkten. Ich gehe wieder davon aus, daß die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften einstimmig gewisse Zollsätze beschlossen haben und dabei davon ausgingen, daß die neuen Zölle, wie sie im Tarife waren, ungeändert blieben. Die Industriezölle sind zum Teil seither etwas erhöht worden, ganz anders war es aber bei den landwirtschaftlichen Zollspositionen, die die Hauptkörperschaften gefordert haben. Für Getreide wurde von den Hauptkörperschaften eine Unterscheidung zwischen einem autonomen und einem Minimalzoll gefordert. Wir müssen davon ausgehen, daß ein Vertragsinstrument für die Handelsverträge mit den Sukzessionsstaaten notwendig ist und darum ist es gerade bei den agrarischen Produkten nicht zweckmäßig, überhaupt einen einzigen Zollsatz einzuführen. Die Zölle, die im ersten Regierungsentwurf standen, konnte die Präsidentenkonferenz nur als Minimalzölle anerkennen und sie hat gefordert, daß auf Getreide ein Zoll von 6·2 Goldkronen, auf Hafer von 2 Goldkronen gegenüber einem Minimalzolle von 2 Goldkronen gelegt werde. Der Zollausschuß hat demgegenüber den sogenannten gleitenden Getreidezoll beschlossen. Ich will zunächst auf diese Frage nicht weiter eingehen, denn es wird ein Kollege in der Spezial-

debatte über die Getreidezölle noch im einzelnen sprechen, ich will nur das eine heute schon hervorheben, daß die Einföhrung des gleitenden Zolles auf Getreide vor allem daran leidet, daß die Skala beim Steigen des Getreidepreises bis auf den achten Teil heruntergeht, also auf 0·25, dagegen beim Fallen des Getreidepreises nur auf das Doppelte des durchschnittlich angenommenen Satzes, auf 4 Goldkronen steigt. Zweitens halte ich es für schlecht, daß nicht versucht worden ist, eine gewisse Stetigkeit herbeizuführen, indem man eine Art gesetzlichen Durchschnittspreis für ein ganzes Jahr geschaffen hätte, dementsprechend man die Schwankungen des Zolles bemessen konnte, was die Spekulation bedeutend gehemmt hätte. Drittens erscheint es mir ganz erstaunlich, daß die agrarischen Vertreter einer Formulierung zugestimmt haben, bei der der Getreidepreis in Papierkronen bemessen wird. Das primitivste Interesse der Landwirtschaft hätte es erfordert, daß so, wie alle Zollsätze in Goldkronen erstellt sind, auch diese Preise in Goldkronen zu erstellen gewesen wären. Wir wissen nicht, wie die künftige Entwicklung läuft, wir wissen nicht, wie einmal die Krone in eine neue Währung umgewandelt wird, welche Kaufkraft sie dann haben wird. Es ist deshalb eine ganz selbstverständliche Forderung, daß auch diese Preise beim gleitenden Zoll in Goldkronen zu bemessen sind. Soviel über die Getreidezölle.

Die Präsidentenkonferenz hat ferner damals für Nr. 38, Zwiebel und Knoblauch, einen autonomen Zoll von 16 K gefordert, demgegenüber sehen wir einen solchen von 6 K im Tarife. Für Nr. 39, Kartoffel, hat sie zwei Goldkronen verlangt, demgegenüber sehen wir keinerlei Zoll. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß gerade ein genügender Schutz für die Kartoffelproduktion für die Volksernährung von der allergrößten Bedeutung ist, daß die Kartoffelproduktion jene Gruppe der landwirtschaftlichen Produktion ist, die binnen ganz kurzer Zeit — bei einem genügenden Zollschatz — den Inlandsbedarf vollkommen decken, ja darüber hinausgehen würde, daß auf keinem Gebiet so rasch durch entsprechende Saatgutausslese und Kunstdüngeranwendung eine Verbesserung der Ernteergebnisse zu erzielen ist. Wir haben in dem Pflanzenbauoberinspektor Schubert, der jetzt in Graz wirkt, einen ganz hervorragenden Lehrmeister für unsere Alpenbewohner auf diesem Gebiet. In Tirol haben sich schon die heillosen Folgen gezeigt. Bei einem entsprechenden Zoll für Kartoffel wäre es leicht, die tschechische Konkurrenz, die die Nähe des Hauptkonsumplatzes Wien für sich hat, abzuhalten. Das wäre die bedeutendste Sicherung der Volksernährung Österreichs gegen alle Zwischenfälle. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir zur Ernährung unserer Bevölkerung mit Weizen in absehbarer Zeit kaum

kommen werden, daß aber durch den Kartoffelbau ein Nahrungsmittel beschafft werden kann, das uns gegen Unglücksfälle, Notfälle, Abperrungen durch die Nachbarn sichern könnte. Man hat aber nicht auf die warnenden Stimmen gehört und die Kartoffel vollkommen schußlos preisgegeben.

Für alle Gemüse hat die Präsidentenkonferenz einen Zoll von 6 Goldkronen gefordert. Hier erscheinen 2 Goldkronen. Der Gartenbau ist eine Produktionsgruppe, die den Boden außerordentlich intensiv bewirtschaftet. Er ist in Deutschösterreich in stetig aufsteigender Entwicklung. Hätte man ihm nun einen kräftigen Impuls zur Weiterentwicklung durch einen entsprechenden Zollschutz für die übrigen Gemüse gegeben, so wäre binnen kurzer Zeit auch die Produktionssteigerung auf diesen Zollschutz hin sichtbar geworden.

Das gleiche gilt für Zierblattwerk in frischem Zustande. Es ist nicht einzusehen, daß das frische Zierblattwerk, frische Blumen und dergleichen so wenig geschützt sein sollen. Sie können im Inland erzeugt werden, soweit dies nicht schon der Fall ist, und außerdem stellen sie teilweise eine ausgesprochene Luxusware dar. Die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften haben deshalb einen Zoll von 100 Goldkronen dafür gefordert, 5 hat der Ausschuß bewilligt.

Wenn ich mich nun der Gruppe Schlacht- und Nutzvieh zuwende, so ist hier die gleiche Beobachtung zu machen. Die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften haben für Schlachtvieh einen autonomen Zoll von 10 Goldkronen gefordert, 5 sind bewilligt, für Nutz- und Zuchtvieh haben sie 60 Goldkronen pro Stück gefordert, 25 sind bewilligt. Wir brauchen uns, um die Höhe dieser Sätze richtig einzuschätzen, nur vor Augen zu halten, daß Rumänien Ausfuhrabgaben im siebenfachen Betrage dieses Zolles einhob und daß auch die ungarischen Ausfuhrabgaben höher sind. Wir müssen bei dieser Zollesfestsetzung für Zucht- und Nutzvieh auch daran erinnern, daß Holland und Dänemark bedeutende öffentliche Mittel den Viehzüchtern zur Verfügung stellen, damit sie exportieren können. Bei uns ist es umgekehrt: Wer exportieren will, muß eine Ausfuhrabgabe zahlen, damit er am Export gehindert wird.

Bei Nummer 55, Schweinen, einer höchst wichtigen Gruppe, ist das gleiche zu beobachten. Die Hauptkörperschaften haben bei Schweinen über 10 Kilogramm bis 100 Kilogramm einen Zoll von 25 Goldkronen gefordert, demgegenüber gewährte der Ausschuß bei einem Gewicht von 10 bis 40 Kilogramm nur 4 Goldkronen und bei einem Gewicht von 40 bis 110 Kilogramm 9 Goldkronen pro 100 Kilogramm.

Bei Nummer 63, Milch, haben die Hauptkörperschaften einstimmig einen Zollsatz von 3 Goldkronen gefordert, demgegenüber ist im Zolltarif keinerlei

Schutz für Milch vorhanden. Wenn Herr Dr. Bauer heute gesagt hat, daß die Milchproduktion und die Verwertung der Milch für den Milchbauer davon abhängt, ob der Arbeiter kaufkräftig ist, so verweise ich demgegenüber darauf, daß wir mit der heutigen Aufnahmefähigkeit des städtischen Marktes vollständig zufrieden wären, wenn er für die inländische Produktion geschützt würde. Aber heute kommen täglich durchschnittlich 70.000 bis 80.000 Liter Frischmilch aus dem Ausland nach Wien. Wir bestreiten nun, daß diese Ausgabe an das Ausland notwendig ist, und wir bestreiten entschieden, daß sie volkswirtschaftlich nützlich ist. Eine steigende Milchproduktion im Inland würde die Stetigkeit der Belieferung auch in Krisenzeiten sichern und würde durchaus nicht preissteigernd wirken. Wenn man aber die südmährische und weftungarische Konkurrenz ohne jedes Hemmnis hereinläßt, dann darf man sich nicht wundern, daß die konsumierende Bevölkerung in manchen Zeiten, wo eben das Ausland mit der Belieferung ausläßt, über Milchmangel zu klagen hat.

Bei der Position 64, Eier, haben die Hauptkörperschaften einen Zoll von 3 Goldkronen gefordert; dem gegenüber besteht gar kein Zoll auf Eier, wenn sie in Kisten verpackt kommen. Da aber die ausländischen, zum Beispiel die polnischen Eier in Kisten verpackt kommen, so werden diese Eier frei sein, was gegenüber dem jetzigen Zustande noch eine Verschlechterung bedeutet.

Bei Nummer 65, Honig, war ein Zoll von 40 K gefordert, demgegenüber wurde er im Ausschusse auf 28 K ermäßigt.

Bei Nummer 71, Naturbutter, war ein Zollsatz von 24 K gefordert, demgegenüber stehen jetzt 20 K. Wenn wir bedenken, daß wir im Jahre 1923 allein an das Ausland für Naturbutter 83 Milliarden gezahlt haben, so erscheint es volkswirtschaftlich doch wirklich als eine Verschwendung, einen so geringen Butterzoll anzusetzen, daß aus dem Ausland soviel Butter eingeführt werden kann.

Bei Nr. 96, Fleisch, ist es ähnlich. Gefordert wurden 30, gewährt bei Schweinefleisch 14, beim anderen 12. Bei Gefrierfleisch wurden 12 gefordert und 6 gewährt. Es ist aber zu bedenken, daß auch das Fleischgewerbe stark daran interessiert ist, daß kein Fleisch, sondern nur, soweit es notwendig ist, Schlachtvieh eingeführt wird, und daß ebenso auch eine Reihe von Industrien, die sich mit der Verarbeitung von Knochen, Häuten, Hörnern und Fellen beschäftigen, an einem höheren Zollsatz interessiert gewesen wäre.

Bei Nr. 115, Harze, Beche u. dgl., hat die Präsidentenkonferenz einen Zollsatz von 6 autonom gefordert, bewilligt wurden nur 4. Die Harzproduktion deckt heute schon 60 Prozent des Bedarfes. Die amerikanische und französische Konkurrenz ist aber außerordentlich groß, besonders von Amerika

wird mit Schleuderpreisen gearbeitet. Wäre nun die Möglichkeit gegeben, ein neues, modernes Verfahren, das Zapfbocherverfahren anzuwenden, dann würde die Harzproduktion binnen kurzem den gesamten Inlandsbedarf voll decken können.

Bei Nr. 120, Terpentin, Terpentinöl und Bschöl, wurden 20 gefordert und 12 gewährt. Auch hier gilt das gleiche wie bei Harz. 65 Prozent des Bedarfes können heute schon gedeckt werden.

Bei Nr. 42 wurde für „Brennholz“ im Interesse der Handelsvertragsverhandlungen ein autonomer Satz von 1 Goldkrone gefordert, gewährt wurde nichts. Galizisches, siebenbürgisches und tschechisches Brennholz kommt herein und wir haben keine Retorsionsmöglichkeit, kein Kompensationsobjekt für die Handelsvertragsverhandlungen mit jenen Ländern, die unser Holz nicht hineinlassen. Für „Bauholz, rund, beschlagen“ wurden 2 Goldkronen gefordert und gar kein Schutz bewilligt. Für „in der Längsrichtung gesägtes Bauholz“ wurden 4 Goldkronen gefordert und gar keine bewilligt.

Wir sehen demnach, daß gegenüber den berechtigten und einstimmigen Forderungen der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften der Schutz für die Landwirtschaft durchaus nicht in einer Weise durchgeführt wurde, daß wir beruhigt in die Zukunft blicken könnten.

Es ist nun die zweite Frage zu beantworten: Bildet der Zolltarif in seiner heutigen Gestalt ein geeignetes Instrument zu Handelsvertragsverhandlungen, insbesondere in den Nachfolgestaaten? Auch diese Frage ist ebenso, ja noch entschiedener zu verneinen. Hier kann auch nicht von einem agrarischen Interesse gesprochen werden, sondern nur von einem staatlichen, von einem gesamtwirtschaftlichen Interesse. Es setzt mich geradezu in Erstaunen, wie wenig man dabei an die zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen mit den Nachfolgestaaten gedacht zu haben scheint. Wie notwendig andere autonome Zollsätze auf agrarischem Gebiete gerade auch im Interesse der Industrie wären, dafür will ich einige Beispiele anführen.

Die metallverarbeitende Industrie ist eine Exportindustrie, sie exportiert zu 70 Prozent. Von diesen 70 Prozent gehen fast drei Viertel in die Sukzessionsstaaten. Bei einer Enquete hat einer der Herren ganz richtig gesagt, daß Jugoslawien für die metallverarbeitende Industrie heute einen Hauptfaktor darstellt.

Tschechien und Ungarn haben sich durch Einfuhrverbote abgeschlossen, nach Rumänien und Polen geht etwas, aber schwer infolge der Zölle, in Jugoslawien aber ist in der jüngsten Zeit die Einfuhr außerordentlich erschwert und es besteht eine steigende Tendenz, durch eigene Zölle die heimische Industrie zu fördern. Ich frage nun: Was wird man als

Kompensationsobjekt für den Handelsvertrag mit Jugoslawien bei solchen agrarischen Zollsätzen haben, wie wir sie angeführt haben? Nicht anders ist es bei einer ganzen Reihe anderer Industrien. Die Drahtindustrie zum Beispiel, die 70 Prozent ihrer Erzeugnisse exportiert, erklärt, daß sie derzeit unmöglich in die Sukzessionsstaaten kommen kann, da Ungarn ein Einfuhrverbot hat, die Tschechen und Polen einen zu hohen Zoll einheben. Ganz ähnlich ist es beim Stahlexport, ganz ähnlich ist es bei den Steinmetzwaren. Früher war der Export in Steinmetzwaren nach Jugoslawien außerordentlich groß, seit 1923 ist er fast unmöglich geworden. Steine wurden nach Jugoslawien und Ungarn exportiert, seit einem Jahr aber immer weniger. Überall die gleiche Tendenz bei den Nachfolgestaaten, keine Industrieprodukte aus Österreich hineinzu lassen oder sie mit hohen Zöllen zu belegen. Bei Gips ist es ähnlich; der Export ging hauptsächlich nach Jugoslawien, Ungarn und der Tschecho-Slowakei. Bei Nähzwirnen ist es nicht anders; von dem hier erzeugten Nähzwirn kann das Inland selbst nur 20 bis 30 Prozent aufnehmen, der Export aber wird wegen der Zölle immer schwieriger. Was sehen wir daraus? Entweder hat man diese Zölle auch in den Kreisen der Regierungsparteien als Minimalzölle gedacht, dann hat man kein geeignetes Instrument für Handelsvertragsverhandlungen; oder man hat diese Zölle, so niedrig sie auf agrarischem Gebiete sind, nicht als Minimalzölle gedacht, sondern hat noch die Absicht, bei Handelsverträgen mit den Nachbarstaaten selbst unter diese Sätze herunterzugehen. Der zweite Fall wäre vom Standpunkt der Landwirtschaft vollkommen unerträglich und müßte Bewegungen von elementarer Gewalt hervorrufen. Im ersten Fall aber ist ein staatliches Interesse nicht hinreichend gewahrt.

Wir haben demnach gesehen, daß der Produktionschutz ungenügend ist und daß dieser Zolltarif nach unserer Überzeugung kein geeignetes Werkzeug für Handelsvertragsverhandlungen mit den Nachfolgestaaten darstellt.

Wir müssen aber weiter noch bedenken, daß die Landwirtschaft noch andere vollberechtigte Beschwerden hat. Bei der 1. Lesung des Zolltarifs haben wir verlangt, daß bis zur 2. Lesung die Ausfuhrabgaben selbstverständlich endgültig aufgehoben werden. Davon ist noch immer nichts geschehen. Wir haben gerade auf landwirtschaftliche Produkte noch immer Ausfuhrabgaben. Andererseits besteht zum Beispiel noch ein Verbot der Häuteausfuhr. Infolgedessen stehen die Häute heute ungefähr auf zwei Drittel des Weltmarktpreises. Wer Rindschäute im Inland verkauft, bekommt um ein Drittel weniger, weil ein Ausfuhrverbot für Häute besteht — wieder eine indirekte Belastung der Landwirtschaft. Aber auch die anderen Forderungen der Landwirt-

schaft, die damals aufgestellt wurden, sind seither nicht erfüllt worden. Ich verweise auf die Eisenbahntarife.

Mit einer ganz verschwindenden Ausnahme in der letzten Zeit sind die Eisenbahntarife noch die gleichen geblieben wie damals. Ich verweise ferner darauf, daß die Forderung nach dem Landeskulturförderungsgezet aus Bundesmitteln noch immer nicht erfüllt ist. Wenn der Herr Abg. Dr. Bauer es beklagt hat, daß der Erlös aus den Getreidezöllen nicht im ganzen der Landwirtschaft und ihrer Produktion zugute kommen wird, so können wir uns dem vollkommen anschließen. Wir glauben aber, daß ein leichter Ausweg daraus der wäre, daß aus den Erträgen der Getreidezölle das Landeskulturförderungsgezet endlich dotiert würde. Wir müssen ferner feststellen, daß der Kapitalszins in diesem Lande noch ungebrochen hoch ist und daß die Landwirtschaft da gegenüber allen Konkurrenzländern schwer benachteiligt ist. Ein Land, in dem bessere Arbeitsbedingungen, billigere Arbeitskräfte zu haben sind, in denen die Steuern niedriger sind als bei uns, kann leicht mit uns konkurrieren. Dazu kommt aber, daß diese Länder einen viel niedrigeren Zinsfuß haben. Wenn ich 4 bis 8 Prozent zu zahlen habe, kann ich natürlich billiger investieren und kann billiger erzeugen, als wenn ich in Österreich als Landwirt mindestens 20 Prozent zu zahlen habe. Die Industrie hat einigermaßen einen Ausgleich gegenüber diesem riesig hohen Zinsfuß im Mieterschutz. Der Mieterschutz spielt aber für die Landwirtschaft keinerlei Rolle, er stellt keine Prämie für sie dar. Demnach steht sie dem Ausland gegenüber viel ungünstiger da als etwa die Industrie, wenngleich ich zugebe, daß die österreichische Industrie auch vielfach ungünstige Produktionsbedingungen hat.

Wir sehen demnach, daß keine einzige der Forderungen, die die landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften seinerzeit einstimmig erhoben haben und deren Erfüllung für uns eine Selbstverständlichkeit war, wenn wir dem Zolltarif zustimmen sollten, in Wirklichkeit erfüllt worden ist. Diese schlechte Behandlung der Landwirtschaft beim Zolltarif bedeutet aber meines Erachtens nicht nur für die gesamte Landwirtschaft, sondern auch für die Konsumenten keinen Nutzen, sondern einen zukünftigen Schaden. Erinnern Sie sich doch, wie bei den ersten Verhandlungen davon gesprochen worden ist, daß das Getreide oder Mehl oder Brot sich infolge des Zolles um 200 oder 300 K erhöhen könnten — was für ein Geschrei ist da erhoben worden! Und was sehen wir in der letzten Zeit? In Chicago ist ein ungeheurer Spekulationsring unter Führung eines gewissen Arthur Catten aufgetreten, der große Mittel — man spricht von 100 Millionen Dollars — dazu verwendete, um das gesamte Ge-

treide, soweit erreichbar, aufzukaufen, um dadurch den Getreidepreis in die Höhe zu bringen. Binnen wenigen Wochen mußten unsere Konsumenten solche Preise zahlen, wie sie niemals von uns vorgesehen waren, als wir einen entsprechenden Zollsatz forderten. Dazu kommt, daß von diesen Mehrleistungen nicht ein Heller in die Taschen der heimischen Produktion fließt, weil das Getreide, das Mehl, das in der letzten Zeit verteuert worden ist, aus dem Ausland stammt. Wir sehen, daß unser Land, wenn die heimische Landwirtschaft nicht geschützt wird, vollkommen den Spekulationskünsten der Händler, und zwar der ausländischen Händler, ausgeliefert ist.

Aus all den Gründen werden Sie es begreiflich finden, daß die Abgeordneten des Landbundes nicht in der Lage sind, diesem Zolltarif zuzustimmen.

Wenn ich daran denke, wie zum ersten Male intern über den Zolltarif verhandelt worden ist, muß ich mit aufrichtigem Bedauern und mit schmerzlichem Gefühle konstatieren, daß die Industriepositionen, wie sie damals, im April, vorgelegt worden sind, sich in dem endgültig angenommenen Elaborate durchaus wieder vorfinden, daß aber die agrarischen Positionen, wie sie im April von allen Seiten aufgestellt worden sind und wie sie auch das Handelsministerium angenommen hatte, auf einen kleinen Bruchteil herabgesunken sind. Teilweise waren sie schon im ersten Regierungsentwurf nicht drinnen, teilweise sind sie jetzt hinausgedrängt worden. Uns Mitgliedern des Landbundes war keine Gelegenheit gegeben, im Zollausschuß an der Einzelberatung mitzuwirken. Wir können demgegenüber nur unser Endurteil feststellen und müssen zu unserem aufrichtigen Bedauern — denn es handelt sich um keine Parteiache, sondern um eine eminent volkswirtschaftliche und nationale Frage — feststellen, daß die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft in diesem Zolltarif nicht erfüllt sind und daß wir daher jede Verantwortung für die Auswirkung dieses Zolltarifs ablehnen müssen. (Beifall.)

Reiner: Hohes Haus! Bei der Besprechung des neuen Zolltarifs vermiße ich eine sehr wesentliche Tatsache. Es wurde der Umstand gar nicht erwähnt, daß unser Handelspassivum im Jahre 1923 die erschreckende Höhe von zirka 800 Millionen Goldkronen erreicht hat. Es ist doch wirklich wichtig und lohnend, daß man sich mit dieser Ziffer auch in anderer Weise befaßt. Wenn es auch bekannt ist, daß das Handelspassivum auch noch durch andere Komponenten beeinflusst wird, so bleibt doch die Tatsache, daß dieses durch den Friedensvertrag so klein gemachte Wirtschaftsgebiet bei weitem mehr importiert, als es auf die Dauer vertragen kann. Unser Zolltarif hat eigentlich seit dem Jahre 1906

keine Änderung erfahren. Die Positionen wurden seit dem Umsturz nur linear erhöht. Ein jeder, der in der Wirtschaft zu tun hat, weiß aber, daß sich Differenzen, die in den Absatz- und in den Importmöglichkeiten liegen, durch lineare Erhöhungen nie und nimmer ausgleichen lassen.

Die Folgen des Umstandes, daß wir so spät an die Ausarbeitung des neuen Tarifs geschritten sind, haben sich in den letzten Monaten in ganz erschrecklicher Weise kenntlich gemacht. Ein großer Teil der Arbeitslosigkeit, über die wir heute ganz allgemein klagen, ist eigentlich darauf zurückzuführen, daß wir diesen Zolltarif nicht schon vor zwei Jahren in Beratung gezogen haben. Nun muß ich zugeben, daß ich vor zwei Jahren noch ebenso wie die Herren der Opposition der Meinung war, Österreich könne am besten existieren, wenn es eine freihändlerische Politik verfolge. Ich bin in einer Versammlung der Handels- und Gewerbekammer gegen meine Kollegen aus der Industrie aufgetreten und habe den Standpunkt verfochten, daß man Halbfabrikate und Rohprodukte möglichst zollfrei hereinlassen soll, kurzum ich habe eine freihändlerische Zollpolitik verlangt, weil ich der Meinung war, daß dies für uns das beste ist. Ich habe aber diese Meinung revidiert und ich gebe es ganz offen zu, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß unsere Nachbarstaaten unser bisheriges Verhalten in keiner Weise würdigten. Der Herr Abg. Dr. Bauer hat schon darauf verwiesen, daß diese Staaten eine Absperrungspolitik gegen uns betreiben, die man nicht anders als eine im ärgsten Grade feindselige bezeichnen kann und die nur einen Sinn haben kann: daß die gesamte Industrie und Produktion dieses kleinen Landes Österreich einfach ruiniert wird, damit die Nachbarstaaten den Vorteil davon haben. Ich glaube, daß doch den Vertretern der Wirtschaft kein Vorwurf daraus entstehen kann, wenn sie aus der Kenntnis dieser Tatsachen auch die nötigen Folgerungen ziehen und wirklich mit Eifer und intensiv daran arbeiten, ein Zollgesetz zu schaffen, das für die Zukunft unmöglich machen soll, uns in derselben Weise zu behandeln, wie es jetzt durch Jahre geschehen ist.

Es ist hier von den verschiedenen Funktionen des Zolls und auch davon gesprochen worden, daß er als Vertraginstrument gebraucht werden soll. Das ist vielleicht das allerwichtigste, was wir in der nächsten Zeit zu machen haben. Deshalb haben wir uns ja auch mit der Fertigstellung des Zolltarifs beeilt. Es ist aber doch zu wenig davon gesprochen worden, daß der Zoll auch eine gewisse Schutzfunktion hat, die eben die Differenz ausgleichen soll, um die wir hier im Inlande, ohne zu unteruchen, aus welchen Gründen, unter ungünstigeren Verhältnissen und teurer produzieren als die Auslandsstaaten.

Es ist eine Tatsache, daß sehr viele Momente dafür maßgebend sind, und wir können weder den Unternehmungen noch der Arbeiterschaft den geringsten Vorwurf daraus machen, daß wir in mancher Hinsicht nicht mehr konkurrenzfähig sind. In einem kleinen Maße soll eben auch der Zoll hier so lange ausgleichend wirken, bis die Nachbarstaaten, die Staaten, mit denen wir in Konkurrenz zu treten haben, alle diese Lasten ebenfalls tragen müssen, die jetzt schon auf uns liegen. Die Annahme der vom Herrn Abg. Dr. Bauer angeregten Dumping-Klausel hat auch nur den einen Zweck, uns eine kleine Atempause zu gönnen, bis die Staaten, mit denen wir konkurrieren müssen, mit diesen ihren Maßnahmen auf eine gleiche Linie mit uns kommen. Es ist ganz falsch und irrig zu glauben, daß wir unter allen Umständen gegen sozialpolitische Einrichtungen und Maßnahmen sind. Nein, es handelt sich immer nur darum, daß das Tempo mit den anderen eingehalten wird. Wir sind froh, wenn die anderen so schnell wie möglich folgen, aber es geht für die Dauer nicht, wenn die Wirtschaft nicht ruiniert werden soll, daß wir gerade voranmarschieren.

Ich wiederhole noch einmal, daß es ganz irrig ist, zu glauben, daß wir Feinde derartiger sozialpolitischer Maßnahmen sind, aber wir müssen Schritt halten mit dem, was die anderen machen. (Dr. Bauer: Denkschrift!) Ich habe diese Denkschrift weder verfaßt noch daran mitgearbeitet, ich habe bis zu ihrer Veröffentlichung in der Zeitung nichts davon gewußt. (Zwischenrufe.) Nehmen Sie das zur Kenntnis. Es ist so, wie ich es Ihnen sage. (Dr. Bauer: Jetzt leugnen Sie das begreiflicherweise!) Nein, das tue ich nicht, es ist so, wie ich es Ihnen sage, ich bin über den genauen Inhalt auch jetzt noch nicht informiert. Machen Sie doch der Produktion keine Vorwürfe daraus, wenn sie in einer so schwierigen Zeit, wie es die jetzige ist, jede Gelegenheit ergreift, um auf diese Schwierigkeiten, die doch auch von Ihnen zugegeben werden, hinzuweisen und an alle zu appellieren, an der Beseitigung dieser Schwierigkeiten mitzuhelfen, nicht für die Unternehmungen, die die ganzen Jahre hindurch $\frac{1}{10}$ Prozent Dividende in Gold ausbezahlt bekommen haben, sondern um unsere Produktion wieder in Schwung zu bringen und dem namenlosen Elend in wirksamer Weise abzuwehren, als durch die Arbeitslosenunterstützung. Das ist unser Bestreben und sonst nichts.

Über die Zölle selbst, wenn ich sie in die verschiedenen Positionen zerlege, ist zu sagen, daß zum Beispiel die Textilzölle für unsere inländische Produktion überhaupt nicht zur Wirkung kommen werden, weil sie im Vertragswege mit den Tschechen so gut wie eliminiert wurden. Es ist also ganz müßig, sich darüber Sorge zu machen, daß aus

diesem Titel eine namhafte Verteuerung erfolgen kann.

Bei den Eisenzöllen hat es natürlich sehr schwere Konflikte, ja geradezu Gewissenskonflikte gegeben. Auf der einen Seite mußten sich die Abgeordneten sagen, daß hier eine Urproduktion zu erhalten war, daß alles getan werden müsse, um der furchterlichen Gefahr, daß in Steiermark allenfalls alle Montanbetriebe stillgelegt werden, nach Möglichkeit entgegenzuwirken, und auf der anderen Seite haben wir die Gewißheit vor uns gesehen, daß die Erhöhung dieser Grundzölle natürlich auf die weiterverarbeitende Industrie in unangenehmer Weise sich auswirkt. Wie soll man aus einem derartigen Dilemma herauskommen? Als Abgeordneter, der seine Aufgabe ernst nimmt, doch nur so, daß man gegenseitig abwägt, ob der Schaden, den die weiterverarbeitende Industrie erleidet, in späterer Zeit nicht durch eine Verbesserung in der Betriebsführung, der Maschinenanlagen usw. wettzumachen ist, während man auf der anderen Seite die Gewißheit hatte, daß diese Grundindustrie vollkommen verlorengehe. Wir haben uns schließlich bei genauem Abwägen aller Umstände entschlossen, zu einer Herabsetzung des Stabeisenzolles selbst die Auslegung zu geben, nur mit Rücksicht auf die großen Interessen der weiterverarbeitenden Industrie. Bei Holzwaren ist es genau so. Die Vertreter der Landwirtschaft haben bei den Holzwaren mit viel Recht darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, den Holzmarkt in sehr intensiver Form zu beleben, denn bei einem Land wie Österreich, das soviel Holzproduzenten hat, in dem ganze Gebiete darauf angewiesen sind, von der Holzproduktion und von der Viehzucht zu leben, spielt es eine sehr große Rolle, ob 10 oder 20 Waggons Bretter oder Holz täglich mehr verkauft werden, als es bisher der Fall war.

Bei Steinwaren, Zement und anderen Baumaterialien muß ich sagen, daß wir natürlich in die allerschwersten Konflikte mit uns selbst gekommen sind. Auf der einen Seite hatten wir die Überzeugung, daß eine sehr leistungsfähige Industrie dauernd geschädigt wird, wenn wir ihr nicht einen angemessenen Zollschutz erringen, auf der anderen Seite hatten wir die Gewißheit, daß das Bauen zum Teil verteuert wird und daß es durch nichts hereinzubringen ist, wenn hier eine Verteuerung eintritt. Das hat uns veranlaßt, dieser Frage ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und die Erfahrungen, die wir bei der Enquete machten, mußten wir doch in irgendeiner Weise verwerten. Sie waren sehr lehrreich aber ich habe die Überzeugung, daß gerade hier maßlos übertrieben und mit Ziffern gearbeitet wurde, die gar keine Berechtigung haben. So wurde behauptet, daß das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien durch den neuen Zementzoll derart beeinträchtigt würde, daß

um 300 bis 700 Häuser pro Jahr weniger gebaut werden könnten. (*Rufe: Wohnungen!*) Ja, Wohnungen. Der das ausgerechnet hat, hat natürlich keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen. (*Sever: Das ist ja nur ein Ingenieur!*) Er kann sich trotzdem irren. Wir wollen die Sache einmal ganz ruhig durch einige wenige Zahlen beleuchten.

Wenn der neue Zollsaß auf Zement tatsächlich voll zur Auswirkung käme, was entschieden bestritten wird — ich werde nachher einige Daten mitteilen —, so würde das Kilogramm um 75 K verteuert. Das würde bei der Verteuerung des Waggons um 750.000 K, bei einer Wohnung, wie sie die Gemeinde Wien baut und deren Kosten sie selbst auf rund 100 bis 120 Millionen beziffert, insgesamt 60 Wohnungen weniger im Jahre ergeben, wenn der Zementanteil im Durchschnitt 5 Prozent beträgt. Bitte das nachzurechnen. Wenn der Zementanteil nur 5 Prozent beträgt, wie dies eine Gruppe von Baumeistern ausgerechnet hat, würde sich das natürlich auf 6 Wohnungen reduzieren, eine Zahl, die nur dann in Erscheinung träte, wenn der Zoll voll zur Auswirkung käme.

Jetzt kommt die Rehrseite! Wir wissen, daß im Vorjahre aus dem Ausland zirka 8000 Waggons Zement hereingekommen sind, die einen Wert von mehr als 50 Milliarden Kronen repräsentieren. Wir wünschen nichts, als daß unsere Produktion in der Lage wäre, in das Ausland, das diese Waren zu uns hereinführt, die gleiche Waren zu exportieren. Das ist natürlich unmöglich, wenn die Nachbarstaaten einen Zoll einheben, der fast dreimal so hoch ist als der Wert des Zements. Wir haben immer behauptet, daß keine Gefahr besteht, daß das Bauen durch den Zementzoll verteuert wird, weil im selben Moment, da wir den Zoll annahmen, die Betriebe sich verpflichteten, daß sie aus diesem Titel eine Verteuerung nicht eintreten lassen. Es wird Sie sehr interessieren, daß wir in wirksamer Weise der Arbeitslosigkeit begegnet haben, ohne nur eine Krone am Zementpreis zu ändern, indem von dem Tage an, da im Ausschuß der Zementzoll beschlossen wurde, das Werk Regnai in Steiermark, das seit dem Jahre 1917 stillstand, wieder in Betrieb gesetzt wurde und fürs erste 199 Leute eingestellt hat. (*Hört!*) Ich kann ferner sagen, daß ab nächster Woche ein dritter Ofen in diesem Werk in Betrieb gesetzt wird, was die neuerliche Einstellung von zirka 100 Leuten garantiert. Da dieses Unternehmen nur die Hälfte der gesamten Produktion vertritt, so können Sie mit Sicherheit rechnen, daß durch die Annahme des Zementzolls im Ausschuß 400 Arbeitslose untergebracht wurden, ohne daß am Zementpreis auch nur das geringste geändert wurde. Auch das Werk Kirchbichl hat zwei Öfen mit 50 bis 80 Leuten neu in Gang

gesetzt. Das sind Zahlen, die nicht zu widerlegen sind, die eine deutliche Sprache sprechen und die das beweisen sollen, was ich immer behauptet habe: daß bei einer vernünftigen Anwendung und bei der festen Entschlossenheit, den Zoll nicht dazu zu benutzen, die Preise in die Höhe zu treiben, worüber wir sehr achten werden, der Zolltarif dann schon in den ersten Anfängen segensreiche Wirkungen haben muß.

Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Dr. Bauer an, der von der furchtbaren Not gesprochen hat, die infolge der Arbeitslosigkeit für die Zukunft zu befürchten ist. Wenn es uns gelingt, durch den Zoll auch die anderen Produktionszweige in einer Weise zu stärken oder ihnen wieder Mut zu geben, hier zu produzieren, so wie es bei der Zementindustrie tatsächlich gelungen ist, dann werden wir die Vorwürfe, die noch kommen werden, wohl ertragen können. Aber es wird der Zusammenarbeit aller bedürfen, daß wir den Versuch, den Zoll zu unnötigen Preistreibern zu benutzen, energisch entgegenzutreten, wie es die Behörden in der letzten Zeit auch bei anderen Dingen gemacht haben, die unnützerweise im Preise gestiegen sind.

Es ist hier sehr viel von dem merkwürdigen Zusammenhang gesprochen worden, der zwischen der Landwirtschaft und den industriellen Vertretern hier besteht. Ja, gibt es denn einen natürlicheren Zusammenhang als den, den die Konsumenten mit den Produzenten haben? (Zustimmung.) Für uns sind die Landwirte die besten Konsumenten, soferne sie Geld haben. Schon ein altes Sprichwort sagt: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. Niemand merkt das so sehr als wir. Sie machen sich gar keinen Begriff davon, in wie hohem Ausmaße gerade die Landwirtschaft Abnehmerin unserer Produkte ist und gerade die Vertreter der Arbeiterschaft sollten nicht immer mit einem Lächeln über diese Tatsache hinweggehen, sie sollten nicht immer diejenigen Vertreter der Produktion, die ihre Zeit opfern und sie der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, in einer solch herabsetzenden Weise behandeln. Schließlich habe ich noch nie auf der ganzen Welt gehört, daß der Fleiß und das Bemühen, in die Sache einzubringen, dann mit Spott belohnt wird, wie es hier geschehen ist. Das sollte in Zukunft nicht mehr geschehen. Wir sind der Meinung, daß die Landwirtschaft in vielen Produktionszweigen schutzbedürftig ist. Und weil wir ein Interesse an diesem Konsumenten haben, tun wir natürlich alles, daß er nicht umfällt. Das ist eine natürliche Erscheinung, die wir auch in Zukunft beachten werden. Es ist gar kein erfreulicher Anblick, wenn man beispielsweise jetzt in Tirol die famosen Säcke mit dem argentinischen Fleisch auf dem Transporte sieht. Dabei wird dieses Fleisch, wie ich mich informiert habe, nicht immer billiger verkauft, sondern zum

Teile als normales Frischfleisch abgesetzt (*Zwischenrufe*), zumindest wird es verarbeitet und verworfen. Die Folge davon ist, daß die Leute, die auf den Absatz ihrer Tiere angewiesen sind, natürlich weniger verkaufen und dann auch bei uns unsere Produkte nicht kaufen können.

Meine Herren! Die schwierige Lage, in der sich die ganze Produktion befindet und die in den mannigfachsten Formen zum Ausdruck kommt, zum Beispiel auch in der Form, daß nach allen Seiten Hilferufe ausgestoßen werden, die nicht die Billigung aller Menschen finden können, veranlaßt uns, gerade in diesen Fragen mit ganz besonderer Aufmerksamkeit vorzugehen und alle die Momente abzuwägen, die eventuell geeignet wären, die derzeit bestehende ungünstige Situation zu verbessern. Wir haben nur ein einziges Interesse und das ist das, daß unserem kleinen schwachen Lande der Absatz in das Ausland ermöglicht werde, weil dieses kapitalarme Land nicht in der Lage ist, die Industrie und die Produktion von dem Umfange, wie wir sie zurückbehalten haben, weiter zu alimentieren. Das sind Tatsachen, die wiederholt auch von Ihnen erwähnt wurden. Ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir dem Rechnung tragen, nicht nur dadurch, daß jeden Augenblick Gesetze und Maßnahmen beschlossen werden, die die Produktion hemmen, sondern daß auch Maßnahmen getroffen werden, die die Produktion in Zukunft fördern.

Eines der Mittel dazu ist zum Beispiel die Ermöglichung der Ansammlung von Kapitalbeträgen zur Erneuerung der Betriebsmittel. Unsere Betriebsmittel sind, wie ja wiederholt ausgeführt wurde, zum Teil veraltet, seit zehn Jahren bestand nicht die Möglichkeit, neue Maschinen anzuschaffen. Sie müssen, so unangenehm es ist, doch daran denken, daß diesem so oft geäußerten berechtigten Wunsch in irgendeiner Form Rechnung getragen werde. Wir müssen das, was uns an Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande fehlt, um jeden Preis zu erreichen trachten, denn, wenn wir das nicht tun, dann kann uns auch der Zolltarif nicht davor schützen, daß die Arbeitslosigkeit einen noch größeren Umfang annimmt, was weder Sie noch wir wünschen.

Bezüglich des Handels wurde schon ganz richtig erwähnt, daß die Handeltreibenden diejenigen sind, die am wenigsten Anlaß haben, sich über die Gesetzgebung dieses Zolltarifs zu freuen. Aber das sieht doch nur für den ersten Anfang so aus. Der Handel hat immer, wenn ein derartiger Zolltarif ausgearbeitet wurde, in der schärfsten Weise dagegen Stellung genommen, weil er von Haus aus freihändlerisch eingestellt ist. Aber wir haben alles getan, um die berechtigten Interessen des Handels zu schützen, wir haben da ein reines Gewissen und es ist auch falsch zu glauben, daß der Handel sich nicht in kurzer Zeit den Bedingungen, die der neue

Zolltarif schafft, angepaßt haben wird. Unser Handel ist so beweglich und gerade der Handel, der jetzt nach dieser Krise übrigbleiben wird, der solide, reelle Handel, wird sich in kurzer Zeit den geänderten Bedingungen anpassen und wird selbst finden, daß es gut und zweckmäßig war, beizeiten dafür vorzusorgen, daß unsere Handelsbilanz in Zukunft ein anderes Bild bietet als bisher.

Dazu ist aber auch notwendig, daß wir die ganze Frage, so wie wir es im Ausschuß getan haben, mit absoluter Sachlichkeit behandeln und daß sie auch in der Öffentlichkeit mit der gleichen Sachlichkeit behandelt wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Dinghofer den Vorsitz übernommen.)*

Eldersich: Hohes Haus! Ich muß Einspruch dagegen erheben, daß in der Debatte der Versuch gemacht wurde, das bedingte Zugeständnis einer Zwangslage, das wir Ihnen gemacht haben, zu benutzen, um eine Generalabsolution für Ihre radikale Schutzöllnerlei zu verlangen. Der Herr Vizekanzler Frank hat diesen Versuch unternommen, indem er meinte, auch die Sozialdemokraten geben ja zu, daß ein Zolltarif zum Schutze der industriellen Produktion notwendig ist, wenn wir in einer Umwelt leben, die sich mit hohen Schutzöllen abschließt, die unseren Industrieprodukten den Eintritt in ihr Gebiet verweigert. Der Herr Vizekanzler hat gemeint, wir seien ja eigentlich Freihändler, wir würden gern auf jeden Zolltarif verzichten, aber da wir sehr böse Nachbarn haben, die sich Schutzöllnerlei betätigen, sind wir auch zur Schutzöllnerlei gezwungen, nur der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe.

Dann kam aber der Abg. Stöckler, der schon sagte: So ist das nicht, der Zolltarif ist nicht lediglich eine Waffe für unsere Unterhändler gegen die bösen Nachbarn, damit bei einigen Positionen die Möglichkeit des Übertrittes unserer Industrieprodukte in ein fremdes Zollgebiet geschaffen werde, nein, der Zolltarif ist schon auch ein Schutz und vor allem ein Schutz der agrarischen Produktion.

Der Abg. Hampel hat sich auch als Freihändler bekannt und nur gemeint, wir müßten in der bösen Welt, in der wir leben, Schutzöllner sein und seine Partei und nicht die Sozialdemokraten hätten so viel zur Herabsetzung einzelner Zollpositionen getan. Ich will zugeben, daß der überragende Einfluß Ihrer Fraktion in der Regierungsmajorität sicherlich sehr viel dazu beigetragen hat, daß sich die Mehrheit bestimmt gefunden hat, Zollsätze herabzumindern; darüber will ich mit Ihnen nicht streiten. Wenn Sie für diesen Zolltarif irgendwelche Anerkennung für sich beanspruchen, so sei Ihnen dieser Ausspruch unsererseits bewilligt.

Mit dem Herrn Abg. Schönbauer zu polemisieren, ist natürlich schwer möglich. Der Herr Abg. Schön-

bauer hat hier Position um Position verlesen und immer gefragt, ob den Wünschen der landwirtschaftlichen Hauptkorporationen Rechnung getragen wurde. Er stellt sich also auf den Standpunkt des exzessivsten Agrariers und da ist ja eine Polemik überflüssig. Das geschieht aus taktischen und agitatorischen Gründen, weil er diese Rede in der Agitation gegen die christlichsozialen Agrarier braucht. Wir wollen ihn da nicht stören und wollen es den christlichsozialen Agrariern überlassen, sich gegen diese Argumentationen zu wehren. Im übrigen wird der Herr Abg. Schönbauer, wie ich glaube, lange auf die Generation warten können, die diese Zollpositionen, die er für die landwirtschaftlichen Produkte verlangt hat, verträgt.

Hohes Haus! Der Zolltarif stellt eine Art Aktions- und Wirtschaftsprogramm dar. Der Zolltarif bestimmt für eine Reihe von Jahren die Entwicklungsmöglichkeiten, die Aktionsmöglichkeiten unserer Industrie und unseres Handels. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eigentlich für unsere Verhältnisse das Prinzip des Freihandels, auf die Wirtschaft angewendet, am zweckmäßigsten wäre. Schon unsere geographische Lage, der Transithandel, dessen Möglichkeiten in Österreich groß sind, würde eigentlich dazu veranlassen und dazu treiben. Nun geben wir bedingt zu, daß gewisse Zwangslagen vorhanden sind, die die Auswirkung des Freihandelsprinzips nicht leicht möglich machen. Wir geben zu, daß namentlich die Nachbarstaaten und auch die anderen Staaten sich mit hohen Zöllen so abgeschlossen haben, daß der Güterverkehr, namentlich der Verkehr mit Industrieerzeugnissen, schwer möglich ist. Aber wenn man das Prinzip des Freihandels grundsätzlich anerkennt, dann müßte man doch zu einem Zolltarif gelangen, der nur den absoluten Notwendigkeiten unserer Wirtschaft Rechnung trägt. Ist denn aber der Zolltarif in dieser Stimmung verfaßt worden, meine Herren? Davon ist gar keine Rede, sondern Sie haben einfach einen Laden geöffnet, haben jetzt die Interessenten herankommen lassen und haben jeden mit einem Zoll bedacht, ausnahmslos. Wenn Sie die Positionen prüfen, so kommen Sie — die Herabsetzungen, die sich durch die Vertragsverhandlungen ergeben, können wir ja nicht einschätzen, weil wir sie in den Einzelheiten nicht kennen — zu einer Erhöhung der Zölle um 100 Prozent. Ich habe mir die Mühe genommen, bei den Agrarprodukten und Lebensmitteln nachzurechnen, und bei einem Zollsatz von 1 K beim Getreide und 3 K beim Vieh bin ich — damals war die gleitende Zollsкала für Getreide noch nicht in Diskussion — zu einem Zollertrage von 25 Millionen Goldkronen gekommen. Da Sie nicht diese mäßigen Zölle, sondern höhere Zölle akzeptiert haben, muß das Ergebnis, nur was Lebensmittel und Agrarprodukte anlangt, doppelt so groß sein. Das kann

ja jeder Volksschüler ausrechnen; er braucht nur die Zolltarispositionen herzunehmen und kann das nach den in unserer Verkehrsstatistik angeführten Mengen ausrechnen. Sie haben also nicht nur Zölle auf jene Waren gelegt, bei denen es sich um einen notwendigen Schutz einer neuen oder aufstrebenden Industrie handelt, sondern Sie haben die Zölle auch für Industrien erhöht, denen es durchaus gut geht. Sie haben Zölle belassen auf Waren, die in Österreich gar nicht erzeugt werden, und verweisen die Produktion, die sich dadurch benachteiligt fühlt, auf den Erlaubnischeinverkehr oder Veredelungsverkehr. Dazu kommt noch, daß wir gewisse Industrien haben, die zum Schein die Erzeugung einer Ware aufnehmen, um einen Zollschuß in Anspruch zu nehmen. Ich will keine Namen nennen und nur einige Beispiele herausgreifen, zum Beispiel die Baumwollspinnerei; in dieser werden keine Nummern in Österreich nicht erzeugt, aber eine Vorarlberger Spinnerei legt sich ein paar Maschinen bei, auf denen sie keine Nummern erzeugt. Sie befriedigt absolut nicht den Bedarf, wenn man eine Bestellung macht, kriegt man in den wenigsten Fällen eine Antwort, aber sie hat das Mißi erbracht, es werden in Österreich auch keine Nummern oder es wird Schutzmaterial gesponnen, deswegen muß auch auf die feinen Garne, die in Österreich nicht erzeugt werden, ein Zoll gelegt werden.

Oder wir haben eine Flachsspinnerei in Oberösterreich im Schatten eines großen Klosters, die auch den Bedarf absolut nicht decken kann, die nicht in der Lage ist, die Bestellungen, die sie hat, zu effektuieren, der es also absolut gut geht und bei der man nicht sagen kann, daß sie unter den gegenwärtigen Zöllen in ihrer Betriebsführung zur Verelendung verurteilt ist. Auch sie legt sich irgendeinen kleinen Artikel zu, der hier sonst nicht erzeugt wird, um nur sagen zu können, ja, der Artikel wird hier gemacht. Oder das Beispiel von der Buchbinderleinwand, wo wir einen jungen Mann haben, der eine kleine Werkstätte mit ein paar Arbeitern geerbt hat (*Ruf: Zwölf!*) und zwölf Arbeiter beschäftigt. Sonst wird diese gestreifte Buchbinderleinwand hier gar nicht gemacht, aber damit dieser junge Mann den Betrieb hochbringen kann, muß ein Zoll auf diese Buchbinderleinwand her. Diese Beispiele, auch ernste Beispiele, lassen sich noch vermehren.

Wir erzeugen beispielsweise in Österreich absolut kein Vinoleum. Es ist kein Bedürfnis vorhanden, und der Handelsvertrag mit Italien ist auch schon abgeschlossen. Das meiste Vinoleum kommt von Italien.

Aber es muß, damit die Fußbodentapete stärker geschützt wird, damit man sich mit der dünnen Fußbodentapete begnügt und nicht etwa daran denkt, Vinoleum hereinzubringen, und damit die Preisspannung zwischen Fußbodentapete und Vinoleum

nicht verschoben wird, ein hoher Zoll auf Vinoleum gelegt werden.

Ich kann als bekannt voraussetzen, daß für Wien beispielsweise die Ledergalanterieindustrie und das Ledergalanteriegewerbe von hohem Interesse ist. Eine große Zahl von Arbeitern wird in dieser Industrie beschäftigt und es sind viele Selbständige auf diesem Gebiete erwerbstätig. Die Waren, die hier erzeugt werden, werden zum großen Teil ausgeführt und, obzwar sie einer starken Konkurrenz in Deutschland begegnen, sind sie doch durch ihre Gefälligkeit und künstlerische Ausstattung in der Lage, den Markt zu behaupten. Was geschieht nun da? Diese Industrie braucht Sammfell, Ziegenfellleder, das hier nicht erzeugt wird, oder natürlich wieder so, wie in der Vorarlberger Spinnerei oder in dieser vom Schatten des Klosters begnadeten Spinnerei in Oberösterreich (*Ruf: Der junge Mann!*), auch der junge Mann — es ist so, daß einzelne Lederfabriken, kleine Betriebe, sagen, wir machen auch das Leder, das diese Gewerbe brauchen und deshalb wird der Zoll von 40 auf 70 Goldkronen erhöht. Daran denkt man natürlich nicht, daß man hier nur einem Schlagwort aufsitzt, daß hier nur im bescheidensten Maße jenes Leder erzeugt wird, das die Industrie braucht, daß aber das Leder verteuert wird und daß Schwierigkeiten bei der Ausfuhr ins Ausland sich ergeben. Wenn man das behauptet, so wird dann immer gesagt, man hat ja den Erlaubnischeinverkehr; aber ich bitte, meine Herren, aus Ihren Kreisen selbst erschallen doch die heftigsten Klagen gegen diese bei uns beliebte Art des Erlaubnischeinverkehrs. Vor allem anderen muß man wissen, daß es sich namentlich bei diesen Galanteriewaren um ganz kleine Betriebe handelt, um Geschäftsleute, denen es schwer fällt, sich mit allen Zinessen des Erlaubnischeinverkehrs vertraut zu machen, denen es Schwierigkeiten bereitet, sich die nötigen Nachweise zu verschaffen, so daß sie sich schließlich bisher gesagt haben: Der Zoll ist nicht so hoch — bevor ich da herumlaufe und einen Tag oder mehrere Tage versäume, zahle ich lieber den Zoll bei der verhältnismäßig geringen Quantität, die ich verarbeite, und kümmere mich um den Erlaubnischeinverkehr nicht! Wenn aber der Zoll eine solche Höhe annimmt und bestimmend auf die Produktionskosten wirkt, dann liegt die Sache schon anders. Wir haben jetzt die heftigsten Beschwerden auch bei der Handhabung der Einfuhrverbote gehört. Wenn Sie um eine bestimmte Menge ansuchen, so bekommen Sie ein paar Prozent der angesuchten Menge. Damit ist natürlich gar nichts anzufangen. Ich habe diese Beschwerden namentlich seitens der Genossenschaften vorzubringen, mit deren Verwaltung wir betraut sind. Wenn man um die Einfuhr von 36.000 Metern ansucht, wird einem die Einfuhr von 2300 Metern bewilligt. Jetzt frage ich Sie: Wie soll eine zentrale

Organisation 2300 Meter, die sie von drei Plätzen bezieht, auf 150 Verkaufsvereine verteilen, die auch noch viele Abgabestellen haben und das auf sie entfallende Quantum weitergeben sollen! Dieser Hinweis auf den Beredungsverkehr ist also absolut unsichtbar. Sie bereiten diesen Gewerben erheblichen Schaden.

Über die Anomalie, daß wir einen Fettzoll bekommen haben, nicht weil die Agrarier an dem Fettzoll interessiert sind, sondern die Pflanzenfettindustriellen, ist schon gesprochen worden.

Daß wir besonders Gegner der Lebensmittelzölle sind, ist verständlich und das müssen auch die Agrarier begreifen. Wir leben in einem Lande, dessen agrarische Bevölkerung uns absolut nicht ernähren kann.

Ich kann sagen, daß sich vielleicht bei irgendeinem Industrieprodukt der Zoll nicht auswirkt, weil die heimische Erzeugung so groß ist, daß sich die Erzeuger gegenseitig konkurrenzieren, so daß die Wirkung des Zolles den Konsumenten nicht trifft. Das kann ich aber bei der agrarischen Produktion nicht sagen, weil mathematisch festgestellt ist, daß wir beispielsweise beim Weizen mehr als zwei Drittel des Bedarfes, beim Roggen mehr als ein Drittel aus dem Auslande einführen müssen. Ähnlich stehen die Dinge auch bei der Vieh- und Fleischproduktion. Darüber werden wir uns ja morgen im Detail unterhalten und ich kann dieses Thema verlassen.

Deswegen also, weil sich die Preise der landwirtschaftlichen Produkte mit aller Sicherheit auswirken werden, weil die Produktion dieser Lebensmittel in Österreich zu gering ist, müssen wir gegen eine solche Zollpolitik sein, deswegen müssen wir die Agrarzölle bekämpfen. Wir leugnen gar nicht, daß es notwendig wäre, die Agrarproduktion zu fördern, wir haben sogar einen gewissen Schutz der Agrarproduktion anerkannt, und zwar in unserem Vorschlag auf ein Handelsmonopol mit Getreide. Was wollten wir denn? Wir wollten, daß in Zeiten niedrigerer Preise die heimische Produktion aus dem Aufschlag, der auf das eingeführte Getreide gemacht wird, bis zu einem gewissen Grade entschädigt wird; wir wollten sie also schützen, Sie aber haben diesen Antrag abgelehnt und so kommt es, daß von demollertrag, der sich bei den agrarischen Produkten ergeben wird, die heimischen Agrarier natürlich weit weniger bekommen, als sie bei einer solchen Monopolorganisation bekommen könnten, daß aber der Staat den weitaus größten Teil jener Gelder, die die Konsumenten zu bezahlen haben werden, für sich wird in Anspruch nehmen können.

Hohes Haus! Es wurde auch viel davon gesprochen, daß man den Zolltarif als ein Kampfmittel für unsere Unterhändler braucht. Ich will

darüber nicht reden. Gerade wir haben keine Ursache, in diesen Verhandlungen die Position unserer Regierung irgendwie zu schwächen, aber wir werden ja nachher sehen, ob sich alle Träume, von denen man uns hier gesprochen hat, erfüllen werden, wir werden ja sehen, ob bei diesen Verhandlungen unsere Interessen so werden zur Geltung kommen können, wie es das Interesse der österreichischen Wirtschaft verlangen würde. Ich muß auch betonen, daß bei Verfassung des Zolltarifs der Umstand, daß die Zölle eine wesentliche Stärkung der Staatseinnahmen darstellen können, eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Der Herr Finanzminister hat immer erklärt, von seinem Standpunkte stimme er wohl einer Ermäßigung von Zöllen zu, es sei keine staatsfinanzielle Maßnahme, es handle sich um die Interessen der Wirtschaft, der Produktion, aber so wie man darangegangen ist, eine Zollposition zu ändern, die geändert werden konnte, ohne die Interessen unserer Wirtschaft, unserer Produktion zu gefährden, hat sich der Finanzminister immer zur Wehr gesetzt und auch in den meisten Fällen Erfolg gehabt.

Wir müssen erklären, daß die Vorlage, die die Mehrheit des Ausschusses hier vorgelegt hat, ein gewagtes Experiment darstellt, und wenn wir uns nicht haben entschließen können, sie gewaltsam an diesem Experiment zu hindern, so waren nur die Verhältnisse bestimmend, in denen wir leben, und weil man doch nicht mit aller Sicherheit und Entschiedenheit sagen kann, daß die Verhinderung des Zolltarifs für unsere Wirtschaft besser gewesen wäre, als das Zustandekommen des Zolltarifs zuzulassen.

Eine stark drängende Rolle haben dabei die Industriellen gespielt. Ein Vertreter der Industrie hat heute gesprochen, und zwar viel maßvoller, als das sonst in den Enunziationen der Industriellen zum Ausdruck gekommen ist. Es scheint also, daß die Eingabe an den Völkerbund, die wir beanstanden, doch mehr von den scharfmacherischeren Sekretären beeinflusst wurde. Aber eines müssen wir schon sagen: daß wir gewisse Stellen in diesem Memorandum an den Völkerbund höchst verdächtig finden, weil sie in uns die Meinung erwecken, als ob die Industriellenverbände nicht lediglich wegen der wirtschaftlichen Interessen, der Interessen der Industrie sich so für den Zolltarif eingesetzt haben, sondern daß sie im Hintergrunde doch der Meinung waren, dieser Zolltarif bringe dem Staate neue Einnahmen und sie werden die Möglichkeit haben, sich gewisser Lasten, die der Staat ihnen auferlegt hat, entledigen zu können. Es scheint mir sehr, daß bei diesem Drängen nach Zustandekommen des Zolltarifs auch diese Absichten mit eine Rolle gespielt haben.

Wir müssen also die Verantwortung für das Zustandekommen dieses Zolstarifs Ihnen überlassen. Für die Konsumenten glauben wir, daß ihnen aus dem Zolstarif Erschwernisse entstehen werden. Die Konsumenten werden also wieder Stellung dazu nehmen müssen, wie ihr Einkommen vermehrt wird, wenn sie die Lasten, die der Zolstarif ihnen auferlegen wird, tragen sollen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)*

Die Verhandlung wird abgebrochen.

In das Kuratorium des Kriegsgeschädigtenfonds wird gemäß dem Wahlvorschlage des Hauptausschusses als Mitglied Rudolf Harbich gewählt.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 3. September, 3 Uhr nachm. I. D.: Fortsetzung der Verhandlung über das Zoltarifgesetz.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 20 Min. abends.